

Horst Kahrs

Horst.Kahrs@rosalux.org

Stand: 15.03.2021 01:30

Die Wahlen am 14. März 2021 zu den Landtagen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

WAHLNACHTBERICHT UND ERSTER KOMMENTAR

	Baden-Württemberg				Rheinland-Pfalz			
	Stimmen		Mandate		Stimmen		Mandate	
	v.H.	+ / -		+ / -	v.H.	+ / -		+ / -
DIE LINKE	3,6%	0,7%	0	0	2,5%	-0,3%	0	0
SPD	11,0%	-1,7%	19	0	35,7%	-0,5%	39	0
GRÜNE	32,6%	2,4%	58	11	9,3%	4,0%	10	4
CDU	24,1%	-2,9%	42	0	27,7%	-4,1%	31	-4
FDP	10,5%	2,2%	18	6	5,5%	-0,7%	6	-1
AfD	9,7%	-5,4%	17	-6	8,3%	-4,3%	9	-5
FW					5,4%	5,4%	6	6
Andere	8,5%	4,8%	0	0	5,7%	1,9%	0	0
Wahlbe-teiligung	63,8%		154	11	64,4%		101	0
Vorläufiges amtliches Endergebnis.								

Inhalt

Der Wahlausgang – Erster Kommentar	3
Politische Stimmungslage und Urteile über Parteien	7
Ergebnisse der Wahltagsbefragungen	9
Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen	12
Zur längerfristigen Entwicklung des Wahlverhaltens	15
Entwicklung der Parteiensysteme	16
Baden-Württemberg: Erosion der alten Staatspartei und Aufstieg einer neuen	16
Rheinland-Pfalz: Früher Wechsel der Staatspartei innerhalb des alten Parteiensystems	18
Repräsentative Wahlstatistik: Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter in Baden-Württemberg	19
Die Wählerschaft der AfD in Baden-Württemberg nach Alter und Geschlecht	20
Die Wählerschaft der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg nach Alter und Geschlecht	21
Das Wahlverhalten nach Bildungsstand und sozialem Status seit 2006	22
Arbeiter	22
Bildung	23
Sozialstrukturelle Hintergründe des Wahlverhaltens	23
Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung	25
Deutlich mehr Einwohner als wahlberechtigte Bürger und Bürgerinnen	25
Bereits mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten ist 60 Jahre und älter	25
Je älter, desto höher die Wahlbeteiligung	26
Die Indikatoren „Schulbildung“ und „Berufsabschluss“	27
Arbeitswelt: Neue Unterschichtung und fortschreitende Kompetenzgewinne	30

Tabellen / Grafiken:

Wahlverhalten von erwerbstätigen Arbeitern und Angestellten 2006-2021	13
Differenz im Wahlverhalten niedriger – höchster Bildungsabschluss	13
Baden-Württemberg: Wähler/innen-Mobilisierung bei Landtagswahlen seit 1952	16
Baden-Württemberg: Mobilisierung bei Wahlen seit 1996	17
Rheinland-Pfalz: Wähler/innen-Mobilisierung bei Landtagswahlen seit 1947	18
Rheinland-Pfalz: Wähler/innen-Mobilisierung bei Wahlen ab 1996	19
Baden-Württemberg LTW16: Wahlverhalten in Altersgruppen	20
Baden-Württemberg: Differenz im Wahlverhalten von Männern und Frauen	20
Zusammensetzung AfD: von 100 Wähler/Wählerinnen ...	20
Von 100 Wählern und Wählerinnen der Partei DIE LINKE waren zwischen ... und ... Jahre alt	21
Anteil der Wahlberechtigten an Einwohnern und Altersstruktur	25
Wahlbeteiligung in Altersgruppen	27
Bevölkerung ab 15 Jahre nach höchstem Schulabschluss 2005 und 2019	29
Generationenvergleich: „Kompetenzrevolution“	29
Veränderung der beruflichen Struktur der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 2009-2019, Geschlecht und Staatsangehörigkeit	30
Baden-Württemberg: Anforderungsniveau der Tätigkeit	31
Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Ausländer und Ausländerinnen Ende Juni 2020 in ausgewählten Berufen	31
Sozialrechtliche Struktur der Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg im Juni 2020	32

Der Wahlausgang – Erster Kommentar

Wahlberechtigte: In Baden-Württemberg waren rund 16% der Einwohnerinnen und 18% der Einwohner im Alter von 18 Jahren und mehr aufgrund einer fehlenden deutschen Staatsbürgerschaft nicht zur Teilnahme berechtigt. In Rheinland-Pfalz lag die Zahl der Nichtberechtigten bei gut 10% der Frauen und 11% der Männer. In der Altersgruppe der 30-44-jährigen war gar etwa ein Viertel in Baden-Württemberg und ein knappes Fünftel in Rheinland-Pfalz ausgeschlossen. Überwiegend handelt es sich um ausländische erwerbstätige Männer und Frauen, die Steuern und Sozialbeiträge entrichten. Sie tragen erheblichen zum Wohlstand des Landes bei. Der Anteil von Ausländern an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug Mitte 2020 in Baden-Württemberg knapp 17% (Rheinland-Pfalz: gut 12%). In etlichen Berufen liegt die Ausschluss-Quote deutlich höher: Etwa die Hälfte der Beschäftigten in der Landwirtschaft und der Reinigungskräfte durften nicht wählen. Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten überwiegend auf den beiden unteren Stufen der Anforderungsniveaus als „Helfer“ oder „Fachkraft“. Zudem nehmen auch wahlberechtigte Personen mit niedrigem Einkommen aus den unteren Qualifikationsanforderungen deutlich seltener an Wahlen teil. Im Ergebnis ist rechtlich und faktisch ein größerer Teil der „arbeitenden Klassen“¹ von vorneherein vom Ausgang der Wahlen ausgeschlossen.

Wahlbeteiligung: Die Wahlbeteiligung lag mit knapp unter 65% etwa auf dem Niveau von 2011, aber rund fünf Punkte niedriger als 2016. Bei jener Wahl erreichte die Beteiligung in Baden-Württemberg mit 70,4% den höchsten Stand seit 1988, in Rheinland-Pfalz seit 1996. Nahezu verdoppelt hat sich in beiden Ländern der Anteil der per Brief Wählenden, auf die Hälfte der abgegebenen Stimmen in Baden-Württemberg und zwei Drittel in Rheinland-Pfalz. Briefwahl war seit dem 1. Februar möglich. Anfang März hatten laut einer Forsa-Erhebung bereits ein Drittel derjenigen, die sich an der Wahl beteiligen wollten, abgestimmt. Es ist also davon auszugehen, dass ein beträchtlicher Teil der Wahlentscheidungen ohne Kenntnis der jüngsten Entwicklungen im Pandemie-Management (Beschlüsse vom 3. März) und der Bereicherung einzelner CDU-Politiker an der Knappheit von Schutzausrüstung (Masken) in der ersten Phase der Pandemie erfolgt.

Einstieg in das „Superwahljahr“ 2021 und das Parteiensystem: Die beiden Landtagswahlen bilden (zusammen mit den Kommunalwahlen in Hessen) den Auftakt für vier weitere Landtagswahlen und die Bundestagswahl im Herbst 2021. Rund 11 Mio. Bürgerinnen und Bürger waren zur Wahl ihrer Landesregierung aufgerufen. Die Wahlen waren ein Probelauf für Wahlkämpfe unter Bedingungen der Pandemie: mehr soziale Medien, weniger größere Versammlungen, weniger allgemeine Aufmerksamkeit, mehr Mobilisierung in den „eigenen“ Kommunikationskreisen.

Die Ergebnisse verstärken seit längerem sichtbare Trends:

- die Orientierung der Wählerinnen und Wähler an Personen statt an Parteien und ihren Programmen nahm deutlich zu; die Bürgerinnen und Bürger setzen verstärkt auf das Vertrauen in das erwartbare Handeln von Persönlichkeiten (vor allem: Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber), ihre Sympathie, Führungskraft, Kompetenz und Glaubwürdigkeit. Persönlichkeiten spielten schon immer eine Rolle, aber ihre Zugkraft für eine Partei hat in den letzten Jahren zugenommen (Dreyer, Kretschmann, Ramelow, Tschentscher, Weil ...);
- die Transformation des Parteiensystems hält an: starke Parteien (mit gut über 30% der Stimmen) gibt es nur noch mit starken Persönlichkeiten; daher stellt sich verstärkt die Frage der Nachfolge: gelingt der Übergang zu einer vergleichbar starken Person oder droht der Absturz wieder unter die 15%-Marke?;
- die Tendenz, dass die Grünen die SPD als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts ersetzen, erhält in Baden-Württemberg Bestätigung und damit auch neue Nahrung für die Bundestagswahl;

¹ Unter den Begriff „arbeitende Klasse(n)“ fasse ich in vorläufiger Definition: Angehörige der unteren Hälfte der Erwerbseinkommenspyramide ohne Vermögen und finanzielle Puffer/Rücklagen, angewiesen allein auf Einkommen aus Erwerbsarbeit.

Baden-Württemberg bildet sicherlich nicht die Zukunft des Parteiensystems in allen Bundesländern ab, aber gut möglich, dass sich CDU/CSU und Grüne bundesweit als die Parteien behaupten, die mehr als 20% der Stimmen erreichen können;

- die Pluralisierung des Parteiensystems birgt zwei Tendenzen: erstens die abnehmende Fähigkeit von Parteien, unterschiedliche soziale Lagen, Interessen und Milieus auf zukünftige Ziele hin zusammenzuführen (bzw. abnehmende „Bereitschaft“, sich zusammenführen zu lassen) und zweitens die Vervielfältigung von Konfliktlinien und wechselseitige Abschottung von soziokulturellen Alltagswelten. Der Blick auf die aktuell wahlentscheidenden Gründe zeigt eine Reihe von Themen und Aufgaben, die von „der Politik“ gelöst werden sollten, mit denen sich unterschiedliche biografische Lebensphasen und soziale und kulturelle Interessen verbinden. Das eine große Thema wird es in diesem Jahr voraussichtlich nicht geben; oder vielleicht doch:
- wenig Einfluss auf die Wahlentscheidung in den beiden Ländern scheint die Pandemie und das Pandemie-Management gehabt zu haben. Die wachsende Unzufriedenheit geht zur Zeit vor allem zu Lasten der Bundesregierung und hier des Gesundheitsministers. Breit akzeptiert scheint noch der Zustand einer ausgedehnten Gegenwart: Pläne scheinen noch nicht möglich, aber Zukunft will irgendwann wieder geplant werden, Lebensplanungen wollen gemacht, eingehalten werden. Gleichzeitig offenbart sich, was alles im Argen liegt, nicht gut funktioniert, wo Deutschland nur Mittelmaß ist. Mit fortschreitender Impfkampagne kann so nicht nur das Bedürfnis entstehen, wieder über die Gegenwart hinaus zu schauen, sondern auch darauf, wer „den Laden wieder in Ordnung bringt“: welche Partei eine Idee hat, wie das Land auf die nächste Pandemie besser vorbereitet werden kann, wie eine Idee für die Zukunft aussehen könnte und wie man sie erreicht. (Der Erfolg von Kretschmann verdankt sich einer solchen Idee: eine Politik, „wo Ökonomie und Ökologie in die gleiche Richtung gehen“)
- die Rolle der Persönlichkeiten verweist einerseits auf eine geringe Wechselstimmung, andererseits angesichts des Verzichts der Amtsinhaberin auf eine erneute Kandidatur bei der Bundestagswahl auf eine offene, unberechenbare Ausgangslage; hierin liegt die wohl einzige Chance von Olaf Scholz auf ein gutes Wahlergebnis für die SPD: von allen wieder zur Wahl stehenden Regierungsmitgliedern wäre er die naheliegende Wahl für das nächste Großflächenplakat mit dem Slogan „Sie kennen mich“.

Absolutes Stimmenergebnis 2016 und 2021								
	Baden-Württemberg				Rheinland-Pfalz			
	2016	2021	+ / -	%	2016	2021	+ / -	%
Gültige Stimmen	5.361.250	4.895.238	-466.012	-8,7%	2.130.621	1.935.034	-195.587	-9,2%
LINKE	156.240	173.295	17.055	10,9%	59.970	48.210	-11.760	-19,6%
SPD	679.727	535.462	-144.265	-21,2%	771.848	691.055	-80.793	-10,5%
GRÜNE	1.623.107	1.585.903	-37.204	-2,3%	113.261	179.902	66.641	58,8%
CDU	1.447.462	1.168.745	-278.717	-19,3%	677.507	535.345	-142.162	-21,0%
FDP	445.498	508.278	62.780	14,1%	132.294	106.835	-25.459	-19,2%
AfD	809.564	473.309	-336.255	-41,5%	268.628	160.273	-108.355	-40,3%
Andere	199.652	450.246	250.594	125,5%	107.113	213.414	106.301	99,2%

Die Grünen bleiben in Baden-Württemberg stärkste politische Kraft. Sie haben die CDU in der Rolle der Landespartei endgültig abgelöst. Ein konservativer Grüner vermittelt das Gefühl, von einer grünen Partei der Mitte regiert zu werden, die verstanden hat, dass die Autoindustrie zur Lebensversicherung des Wohlstandes im Lande zählt und sie nur mit den Unternehmen und den Beschäftigten zu transformieren ist. Das kostet zwar Punkte beim Image der konsequenten Umwelt- und Klimapartei, zahlt an anderer Stelle aber wieder ein. Der Versuche anderer Parteien (und Parteigründungen) an diesem Thema enttäuschte Grünen-Wähler zu gewinnen, sind bei diesen Wahlen nicht aufgegangen. Auch in Rheinland-Pfalz haben die Grünen an Kompetenzzuschreibung in der Umwelt- und Klimapolitik eingebüßt, aber als einzige Partei der Ampel-Koalition Stimmenanteile gewonnen – aber deutlich unter den zweistelligen Erwartungen und dem Niveau in den Bundestagsumfragen.

Die **CDU** fährt in beiden Ländern ein desaströses Ergebnis ein: das historisch schlechteste Ergebnis. Hierfür sind mehrere Faktoren verantwortlich: die langanhaltende Führungskrise in der Union, der knappe Ausgang der Vorsitzenden-Wahl, also Unklarheit darüber, wer in der Union wohin führt; die positive Wirkung des „konservativen Grünen“ bis weit in die Wählerschichten der Union hinein; die schwachen Spitzenkandidaten und die fehlende Wechselstimmung. Der spezifische Konservatismus, der mit den krisenhaften Veränderungen des Alltags einher geht, erstickt die Lust auf weitere Veränderungen, also z.B. politische Instabilität in Zeiten des Notlagenmanagements. Mit Blick auf Baden-Württemberg zeigt sich zudem, dass die Union mit ihrer ehemaligen Kernkompetenz, der Nähe zur „Wirtschaft“, nicht mehr punkten kann, weil sie (seit 2011) eher als Bremse für notwendige Transformationen wahrgenommen wird. Die notwendigen Entscheidungen über die Kanzlerkandidatur werden die Unzufriedenheit inner- und außerhalb der Partei nicht beseitigen können. Es fehlt der Union erkennbar an einer Idee jenseits des „Weiter so“ oder des „Zurück in die 1990er“, an einem Kapitän, dem zugetraut wird, das Schiff gut in einer sich verändernden Welt neuen Zielen entgegen zu steuern.

Die **FDP** gewinnt in Baden-Württemberg, ihrem liberalen Stammland, deutlich hinzu und gelangt in die Nähe alter Stärke. Sie scheint sowohl für unzufriedene CDU-Anhänger wie nationalliberale AfD-Wähler als Alternative gesehen worden zu sein. Sie kann jetzt zumindest in Sondierungsgesprächen eintreten. In Rheinland-Pfalz hat sie als Regierungspartei leicht verloren, wird aber wohl an der nächsten Koalitionsregierung beteiligt bleiben. Der Start ins Superwahljahr kann als gelungen gelten.

Die **SPD** hatte zu ihrem Glück die starke Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Sie hält die SPD in Rheinland-Pfalz an der Macht und bundespolitisch im Spiel. Die leichten Verluste sind deshalb zu verschmerzen. In Baden-Württemberg könnte die SPD indes in ihre Zukunft geschaut haben: Eine Erholung vom Absturz 2016 ist nicht gelungen, im Gegenteil, ihre Lage als eine von mehreren „Um-die-Zehn-Prozent“-Parteien wurde von den Wählerinnen und Wählern nun auch in Baden-Württemberg bestätigt. Die Ursachen für diesen Niedergang sind in langfristigen sozialstrukturellen Veränderungen und deren Deutungen durch die „Gewinner“ und „Verlierer“ zu finden.

Die **LINKE** fährt die erwartbaren Enttäuschungen ein. Der Einzug in beide Landtage wird erneut deutlich verfehlt. In Baden-Württemberg nahm die Zustimmung trotz rückgängiger Wahlbeteiligung leicht zu, in Rheinland-Pfalz geht sie sogar zurück. Das deutlich bessere Abschneiden bei Bundestagswahlen zeigt, dass das Potential für einen Einzug in beide Länderparlamente vorhanden wäre. Es fehlt offensichtlich an der Verankerung in der Landespolitik, an landespolitischer Identität und Erkennbarkeit. Bundespolitische Themen reichen für den Einzug in die Landtage nicht.

Trotz ihrer erheblichen Stimmenverluste zählt die **AfD** zu den ganz kleinen Gewinnern des Wahlabends. Sie verlor in beiden Ländern absolut mehr Stimmen als dem Rückgang der Wahlbeteiligung entsprochen hätte. Aber: Sie ist erneut in die beiden Landtage eingezogen – trotz der parteiinternen Auseinandersetzungen, trotz der angekündigten Beobachtung durch den Verfassungsschutz, trotz der Corona-Pandemie, die die AfD-Themen zur Seite gedrängt hatte. Die AfD ist mehr als parlamentarischer Ausdruck einer Wut- und Empörungswelle, die wieder abebbt. Die AfD entstand als „Anti-Merkel-Partei“ in der Euro-, Flüchtlings- und Energie-/Klimapolitik. Inzwischen hat sie sich als Sammelbecken von Feinden der „Altparteien“ und der parlamentarischen Demokratie festgesetzt, die systematisch das Vertrauen in ihre Institutionen untergräbt. Mittlerweile kann sie sich auf ein eigenes Milieu, eine eigene Kommunikations- und Deutungswelt stützen.

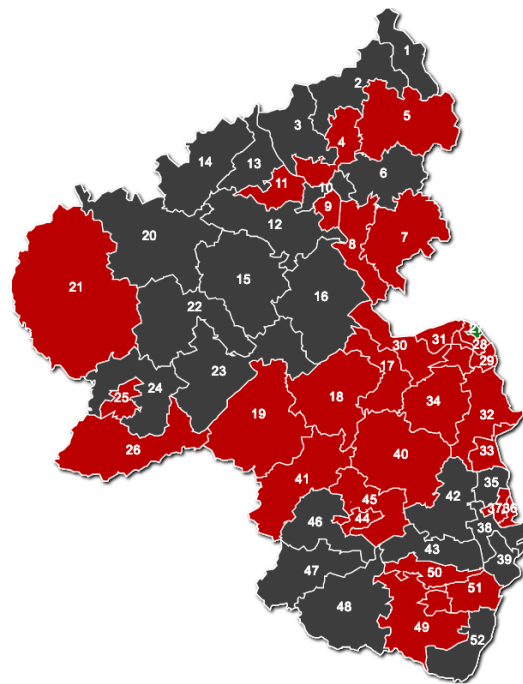
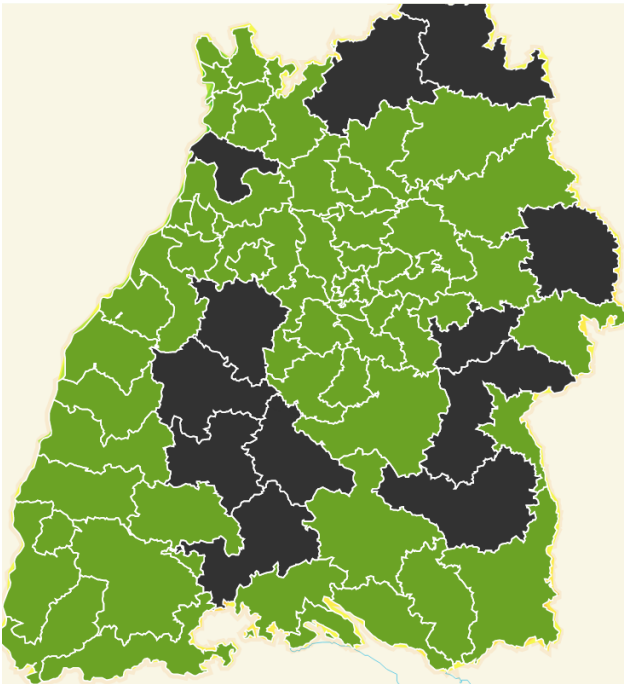
In Rheinland-Pfalz haben die **Freien Wähler** nun ebenfalls eine parlamentarische Vertretung. Es bleibt abzuwarten, ob sie sich eher der Stärkung kommunaler Handlungsräume oder dem antistaatlichen (rechten) Libertarismus zuwenden.

Folgen für das weitere Wahljahr. Vor allem die Regierungsbildung in Baden-Württemberg wird erhebliche bundespolitische Auswirkungen haben. Eine Koalitionsregierung der Grünen mit SPD und FDP sendete das bundespolitische Signal, dass eine Regierung ohne die Union (und ohne die Linkspartei) möglich wäre. Die „Ampel“ belebt die mediale Aufmerksamkeit: es gäbe eine Alternative zu Schwarz-Grün. Der CDU brächte dies weitere innerparteiliche Auseinandersetzungen. Dabei ginge es nicht nur um die Frage, mit welchem Kandidaten die größte Aussicht beständen, das Kanzleramt zu behaupten. Bereits im Juni ginge es um die Frage, wie die Staatskanzlei in Sachsen-Anhalt zu halten

wäre – mit Hilfe der AfD, womit viele in der Landespartei liebäugeln? So wäre die Bundestagswahl schnell erneut mit der Frage verbunden, wie die CDU es denn nun mit der AfD hält und weiter halten will. Eine Ampel in Baden-Württemberg als Alternative zu Schwarz-Grün wäre auch für die Linkspartei hartes Brot, da sie nicht gebraucht, eher hindern würde, die CDU abzulösen.

Auf den folgenden Seiten werden einige in meinen Augen wichtige Aspekte des Wahlverhaltens aus den Erhebungen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen zusammengetragen. Die vollständigen Umfrageergebnisse sind auf den Webseiten von ARD und ZDF leicht einsehbar.

Der zweite Teil dieser Wahlberichterstattung wirbt für einen Blick auf die längerfristigen Entwicklungen des Parteiensystems, in die die aktuellen Ergebnisse sich einordnen, und für den Blick auf die sozialstrukturellen Wandlungsprozesse, die die Gesellschaftsbilder und Deutungen der sozialen Welt durch die Bürgerinnen und Bürger verändern und damit auch auf die Rolle der Parteien.



Politische Stimmungslage und Urteile über Parteien

Die politische Stimmungslage vor dem Wahltag in **beiden Ländern** war geprägt von

- einer anhaltenden mehrheitlichen Zufriedenheit mit den jeweiligen Landesregierungen;
- einer noch größeren Zustimmung und Zufriedenheit mit der langjährigen Ministerpräsidentin Malu Dreyer und dem langjährigen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann;
- einer zwar abnehmenden, insgesamt aber noch recht hohen Zustimmung zum Corona-Krisenmanagement des Landes – im Unterschied zum Urteil über die Bundesregierung;
- und damit einer fehlenden Wechselstimmung: weder bestand großer Überdruß mit der Landesregierung noch zeichnete sich eine attraktive Alternative ab.

In **Baden-Württemberg** zeichnete sich keine Alternative ohne eine der beiden großen Regierungsparteien Grüne und CDU ab. Allein die Frage, welche der beiden Parteien die zukünftige Regierung führen soll, erschien – eher theoretisch – offen. Aber auch 71% der CDU-Anhänger äußerten sich sehr zufrieden oder zufrieden mit der Arbeit von Winfried Kretschmann, nur 25% waren weniger oder gar nicht zufrieden mit seiner Arbeit. Mit der Arbeit der eigenen Spitzenkandidatin waren indes nur 44% der CDU-Anhänger zufrieden und 36% unzufrieden. Bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten würden sich 57% der CDU-Anhänger für Kretschmann und nur 35% für Eisenmann entscheiden. Selbst eine relative Mehrheit der AfD-Anhänger würde Kretschmann vorziehen.

	Wer sollte nächste Landesregierung führen?		Zufriedenheit mit der Landesregierung				Direktwahl Ministerpräsident/in	
	Grüne	CDU	sehr	zufrieden	weniger	gar nicht	Kretschmann	Eisenmann
Gesamt	48%	33%	6%	53%	28%	10%	65%	17%
Alter								
18-39	46%	38%	7%	44%	36%	9%	55%	22%
40-64	48%	32%	6%	54%	26%	12%	65%	15%
65+	52%	30%	6%	60%	24%	7%	76%	14%
Männer	49%	35%	6%	52%	29%	12%	62%	19%
Frauen	47%	31%	7%	54%	27%	8%	67%	16%
Bildung								
niedrig	44%	33%	5%	52%	30%	9%	68%	14%
mittel	43%	36%	6%	52%	29%	10%	61%	17%
hoch	56%	31%	6%	56%	27%	9%	69%	17%
Ortsgröße								
bis 20.000	47%	34%	7%	53%	29%	9%	65%	16%
bis 100.000	47%	32%	4%	52%	28%	12%	61%	19%
ab 100.000	53%	33%	6%	56%	27%	8%	69%	17%
Parteiangehörige								
SPD	59%	24%	6%	52%	30%	7%	76%	11%
GRÜNE	95%	3%	14%	76%	9%	0%	96%	2%
CDU	13%	81%	5%	67%	22%	5%	57%	35%
FDP	37%	46%	0%	35%	50%	15%	51%	28%
AfD	14%	57%	2%	25%	38%	35%	34%	28%

BW-Trend Infratest dimap, 4.3.2021 (SWR)

Während sich 65% aller Befragten für Kretschmann statt Eisenmann (17%) aussprachen, wollten gleichwohl 33% eine von der CDU geführte und 48% eine von den Grünen geführte Landesregierung. Der konservative, bodenständige Grüne wird deutlich höher geschätzt als seine Partei, die gleichwohl in einem Land, in dem jeder zehnte Arbeitsplatz von der Autoindustrie abhängt, hoch ist. Hierzu dürfte die Art und Weise des Regierens ihren Teil beigetragen haben, insbesondere die „dialogorientierte Wirtschaftspolitik“ bei der Transformation der Autoindustrie wird von Gewerkschaften wie Unternehmensvertretern geschätzt.

Allein bei den unter 40jährigen sind die Zustimmungswerte für Person und Partei niedriger und diejenigen für die CDU und ihre Kandidatin höher. Es wäre daher vermutlich ein Trugschluss, hier ein größeres Potential der Kritik an der zögerlichen Klimapolitik der Grünen zu vermuten.

Die Konstellationen in **Rheinland-Pfalz** unterschieden sich zunächst deutlich. Die CDU als zweite große Partei des Landes war an der Landesregierung nicht beteiligt und bot sich als aussichtsreiche Alternative zur regierenden SPD an. Je näher der Tag der Wahlentscheidung rückte, desto stärker wurde indes die Werte für die SPD bis sie etwa drei Wochen vor der Wahl die CDU wieder überholte. Anfang März wollten 44% der Befragten eine von der SPD geführte Landesregierung, 34% wollten eine von der CDU geführte Regierung. Allerdings äußerte sich auch die Hälfte der CDU-Anhänger zufrieden mit der Landesregierung. Trotzdem sprachen sie sich deutlich für die Ablösung der SPD und der Ministerpräsidentin aus.

Vorwahlumfrage Rheinland-Pfalz, Anfang März 2021								
	Wer sollte nächste Landesregierung führen?		Zufriedenheit mit der Landesregierung				Direktwahl Ministerpräsident/in	
	SPD	CDU	sehr	zufrieden	weniger	gar nicht	Dreyer	Baldauf
Gesamt	44%	34%	6%	50%	29%	12%	53%	29%
<i>Parteihänger von</i>								
SPD	93%	2%	92%		7%		93%	4%
GRÜNE	79%	11%	72%		24%		80%	12%
CDU	5%	93%	50%		50%		28%	71%
FDP	35%	53%	46%		52%		45%	44%
Freie Wähler	31%	37%	32%		68%		39%	36%
AfD	14%	27%	18%		82%		22%	30%
RLP-Trend Infratest dimap, 4.3.2021 (SWR)								

Eine entsprechende Stimmungstendenz bestand auch unter den Anhängern der FDP, der AfD und der Freien Wähler. Der Vorsprung in der Zustimmung zu Malu Dreyer (53%) gegenüber der Zustimmung zur führenden Rolle der SPD (44%) war deutlich geringer als derjenige von Winfried Kretschmann. Neben dem Persönlichkeitsbonus zahlte sich offensichtlich auch der Amtsbonus des Corona-Krisenmanagements aus, zumindest in den Umfragen:

Parteikompetenzen: Welcher Partei trauen sie am ehesten zu, diese Aufgabe in Rheinland-Pfalz zu lösen?						
	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD	keine/weiß nicht
Rheinland-Pfalz gut durch die Corona-Krise führen	38%	3%	25%	3%	2%	24%
für soziale Gerechtigkeit sorgen	37%	6%	20%	5%	3%	16%
gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	31%	6%	29%	5%	3%	19%
Wirtschaft in Rheinland-Pfalz voranbringen	28%	2%	32%	12%	2%	18%
gute Umwelt- und Klimapolitik betreiben	13%	45%	15%	3%	2%	16%
wichtigste Aufgaben in Rheinland-Pfalz lösen	33%	6%	29%	5%	3%	19%
Infratest dimap, Rheinland-Pfalz Trend 02/2021						

Groß sind die Unterschiede zwischen SPD und CDU nur bei den beiden Aufgaben „Corona-Krise“ und „soziale Gerechtigkeit“. Die Wirkungen, die ein großes Personen-Vertrauen auf das Wahlverhalten haben kann, lässt sich auch am Wahlergebnis vom 13.3.2016 für die beiden Nachbarstädte rechts und links des Rheins zeigen. Einzig die Ergebnisse für SPD und Grüne weisen entsprechende erhebliche Unterschiede auf.²

Wahlergebnis in den Nachbarstädten Mannheim und Ludwigshafen (Landesstimmen) 2021								
	2016	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU	FDP	AfD	Andere
Mannheim		4,8%	19,2%	27,2%	19,3%	7,3%	18,2%	4,0%
Ludwigshafen		3,4%	36,2%	5,5%	22,5%	5,9%	19,9%	6,7%
Mannheim	2021	5,8%	18,3%	32,5%	16,1%	8,2%	9,9%	9,1%
Ludwigshafen		3,0%	37,9%	9,5%	21,5%	5,5%	12,5%	9,9%

² Um Missverständnissen vorzubeugen: Es handelt sich um das Ergebnis für die ganze Stadt Mannheim. Im Wahlkreis Mannheim I holte die AfD mit 23,0% und rund 400 Stimmen Vorsprung auf die SPD ein Direktmandat.

Ergebnisse der Wahltagsbefragungen

In beiden Ländern gab es nicht das eine wahlentscheidende Thema. Mehrere Politikfelder und Lebensbereiche spielten eine Rolle. Die beiden großen Parteien in Baden-Württemberg weisen mit der Umwelt- und Klimapolitik (Grüne) und der „Wirtschaft“ (CDU) jeweils ein Thema auf, das gegenüber anderen heraussticht und angesichts der Stimmenzahl der Parteien auch in der Gesellschaft größere Relevanz besitzt. Eine schwarz-grüne Regierung stände für die Suche nach einem pragmatischen Kompromiss von Ökologie und Ökonomie (Nachhaltigkeit?). Die Rolle der Union in Sachen Wirtschaftskompetenz könnte auch die FDP übernehmen, ohne große Verluste in anderen Themenfeldern befürchten zu müssen.

Welches Thema spielt für Ihre Wahlentscheidung die größte Rolle? (Baden-Württemberg)						
	Alle	Wähler und Wählerinnen der				
		SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
Wirtschaft	22%	15%		31%	45%	22%
Umwelt, Klima	19%	10%	42%			
Soziale Sicherheit	16%	30%	13%	14%		11%
Bildung, Schule	15%	22%	16%	13%	16%	
Corona-Pandemie	12%		12%	17%	11%	
Innere Sicherheit				12%	12%	22%
Zuwanderung						30%
Infratest dimap						

Aber die FDP verfügt nicht über die entsprechenden Kompetenzzuweisungen in Sachen Wirtschaft unter allen Befragten.

Die SPD hat in Baden-Württemberg erheblich an Kompetenzzuschreibung bei „Soziale Gerechtigkeit“ verloren und liegt dabei nur noch knapp vor den Grünen.

"Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, diese Aufgabe zu lösen?" (Baden-Württemberg)						
	LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
Umwelt- und Klimapolitik			60%			
Führung durch Corona-Krise		5%	28%	22%	7%	4%
Asyl- und Flüchtlingspolitik	5%	11%	24%			12%
Soziale Gerechtigkeit	11%	23%	21%	16%		6%
Bildungspolitik		15%	18%	26%	10%	
Wirtschaft		6%	17%	41%	13%	
Kriminalitätsbekämpfung				42%		11%
Arbeitsplätze		13%		35%	11%	
Wohnungspolitik	7%	19%				
Digitalisierung		9%	15%	19%	16%	
Infratest dimap						

In Rheinland-Pfalz blieben die Grünen weit hinter ihrem Rekordergebnis von 2011. Sie mobilisierten gut mit ihrem politischen Kerngeschäft, der Umwelt- und Klimapolitik. Die SPD verliert zwar ebenfalls deutlich an Kompetenzzuweisungen, doch im Vergleich zum Nachbarland erscheinen die Kompetenzzuschreibungen wie die einer anderen Partei.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass die AfD auch wegen wirtschaftlicher und sozialer Themen gewählt wird und hier auch Kompetenzzuschreibungen von allen Befragten erhält.

"Welches Thema spielt für Ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?" (Rheinland-Pfalz)							
	Alle	Wähler und Wählerinnen der					
		SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD	FW
Wirtschaft	20%			31%	39%	17%	32%
Umwelt, Klima	16%		72%				
Soziale Sicherheit	22%	29%	10%	21%			21%
Bildung, Schule	17%	20%	10%	18%	22%		
Corona-Pandemie	12%	16%		11%		17%	12%
Innere Sicherheit							
Zuwanderung						43%	
Infratest dimap							

"Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, diese Aufgabe zu lösen?" (Rheinland-Pfalz)						
	LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
Umwelt- und Klimapolitik		13%	42%	14%		
Führung durch Corona-Krise		35%		24%		
Asyl- und Flüchtlingspolitik						
Soziale Gerechtigkeit		39%	6%			
Bildungspolitik		31%	6%	25%	3%	
Wirtschaft		31%		28%	10%	
Kriminalitätsbekämpfung				30%		
Arbeitsplätze		32%		28%	8%	10%
Wohnungspolitik						
Digitalisierung		21%	6%	22%	11%	

In der abschließenden Übersicht sind die Aussagen zusammengestellt, die die Wählerinnen und Wähler über die eigene Partei machten. Sie geben ein Bild von Motiven, die der Wahlentscheidung zugrunde gelegen haben und von negativen Wahrnehmungen der eigenen Partei, die gleichwohl in Kauf genommen wurden. Es zeigt sich, dass die Urteile über eine Partei in beiden Ländern weitgehend übereinstimmen, aber auch auseinander gehen können, etwa im Urteil der SPD-Wähler über Olaf Scholz.

Die Befragungsergebnisse legen auch nahe, dass Malu Dreyer für das Wahlergebnis der SPD eine größere Bedeutung hatte als Winfried Kretschmann für das der Grünen.

Bei den Grünen sehen die Wählerinnen und -Wählern eine hohe Übereinstimmung von „Werten und Zielen“, die ihnen auch „persönlich“ wichtig sind. Die Partei passt zu einer Lebensauffassung. Diese ideologische, auch habituelle Bindung erleichtert es den Grünen, Kompromisse einzugehen, wenn es sich dabei nur um Schritte in die „richtige Richtung“ handelt. Dieses Vermögen oder auch Grundvertrauen der Wähler scheinen die Sozialdemokraten verloren zu haben: Sie haben sich zwar stark für Arbeitnehmerinteressen eingesetzt, stehen aber nicht mehr eindeutig an der Seite der Arbeitnehmer und überhaupt weiß man nicht, wohin die Partei will.

Bei der CDU lässt sich die starke Abhängigkeit vom Image der Kanzlerin erkennen, worin sich das „noch werdende Problem“ des Vertrauens in einen „Neuen“ abzeichnet.

Die FDP hat der AfD recht erfolgreich die Position der alleinigen Kritikerin der Corona-Maßnahmen „von rechts“ streitig gemacht, ein Verdienst von Christian Lindner.

Die Aussagen über die AfD zeigen vor allem zweierlei: die fehlende Distanz zu rechtsextremen Positionen verliert bei ihren Wählern an Bedeutung (fast halbiert); die drohende Beobachtung

durch den Verfassungsschutz schmiedet Wähler und Partei zu einer Art „Opfergemeinschaft“ zusammen.

Ansichten der Wählerinnen und Wähler über die eigene Partei	Ba-Wü	RLP
SPD-Wählerinnen und -Wähler		
"Malu Deyer ist der wichtigste Grund, die SPD zu wählen."		74%
"Bemüht sich am stärksten um den sozialen Ausgleich."		73%
"Sie hat sich in der Bundesregierung erfolgreich für Arbeitnehmer eingesetzt."	74%	70%
"Sie hat sich mit Olaf Scholz für den richtigen Kanzlerkandidaten entschieden."	71%	52%
"Sie steht heute nicht mehr eindeutig auf der Seite der Arbeitnehmer."	48%	51%
"Man weiß im Moment nicht, wofür sie inhaltlich steht."	46%	
Grüne-Wählerinnen und -Wähler		
"Sie vertreten Werte und Ziele, die mir persönlich wichtig sind."	93%	
"Sie setzen sich als einzige Partei wirklich aus Überzeugung für den Klimaschutz ein."	65%	80%
"Winfried Kretschmann ist der wichtigste Grund, die Grünen zu wählen."	60%	
"Ohne Winfried Kretschmann käme ich gar nicht auf die Idee, grün zu wählen."	36%	
"Sollten künftig an der Bundesregierung beteiligt sein."		100%
"Kümmern sich um Themen, die andere Parteien vernachlässigen."		92%
CDU-Wählerinnen und -Wähler		
"Sie versteht am meisten von Wirtschaft."	82%	
"Sie hat mit Armin Laschet den richtigen Vorsitzenden gewählt."	32%	43%
"Sie hat mit Susanne Eisenmann die richtige Spitzenkandidatin."	27%	
"Es ist empörend, dass Abgeordnete der Union beim Handel mit Schutzmasken Provisionen erhielten."	87%	92%
"Ich mache mir Sorgen um unser Land, weil Angela Merkel bald nicht mehr Bundeskanzlerin ist."	51%	
"Angela Merkel ist der wichtigste Grund, die CDU zu wählen."	45%	58%
"Angela Merkel hat als Kanzlerin früher bessere Politik gemacht als heute."	34%	
"Hat im Bund gezeigt, dass sie verlässlich und ordentlich regieren kann."		86%
"Hat mit Christian Baldauf den richtigen Spitzenkandidaten."		67%
FDP-Wählerinnen und -Wähler		
"Fände es gut, wenn sie in Baden-Württemberg (Rheinland-Pfalz) künftig an der Regierung (weiterhin) beteiligt wäre."	99%	90%
"Finde es gut, dass sie auf weniger Staat und mehr Freiraum für eigene Entscheidungen setzt."	96%	89%
"Es wird eine Partei gebraucht, die klar für Marktwirtschaft eintritt."	94%	93%
"Finde es gut, dass sie die Corona-Beschränkungen für Handel und Wirtschaft lockern will"	86%	87%
"Hat mit Christian Lindner den richtigen Vorsitzenden."	82%	63%
AfD-Wählerinnen und -Wähler		
"Ich finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will."	91%	99%
"Sie ist näher an den Sorgen der Bürger als andere Parteien."	91%	90%
"Ich finde es nicht fair, wie der Verfassungsschutz mit der AfD umgeht."	88%	89%
"Ich finde es gut, dass sie sich mehr als andere für Lockerung der Corona-Beschränkungen einsetzt."	79%	84%
"Sie distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen."	37%	33%
Infratest dimap		

Die Wähler der AfD, der FDP und der Freien Wähler (in Rheinland-Pfalz) gaben mehrheitlich an, ihre Wahlentscheidung aus Enttäuschung über andere Parteien getroffen zu haben. Bei den anderen Parteien überwogen die Wähler aus „Überzeugung“ (von Linkspartei 57% bis Grüne 72%).

Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen

Vorbemerkung: Insbesondere für die Nachwahlbefragungen am Wahltag stellt die hohe Anzahl von Briefwählerinnen und -wählern ein Problem dar. An der Briefwahl beteiligen sich Anhänger von CDU, SPD und Grünen deutlich stärker als die Anhänger anderer Parteien, insbesondere der AfD und der Linkspartei. Die Repräsentativität der Wahltagsbefragungen steht stärker in Zweifel als bei vorherigen bei geringerem Briefwahl-Anteil.

Wahlverhalten nach Geschlecht: Das Wahlverhalten aus den Vorwahlen wird weitgehend bestätigt: in Baden-Württemberg wählen die Frauen (37%) stärker die Grünen als die Männer (28%). Umgekehrt verhält es sich bei der AfD: Männer 13%, Frauen 7%. Der Stimmenrückgang hat an der Relation nichts Wesentliches verändert. In Rheinland-Pfalz hat die SPD die Rolle der „Frauenpartei“ inne (39% zu 33%; Grüne: 9% zu 7% bei den Männern) (AfD: 7% unter Frauen, 11% unter Männern).

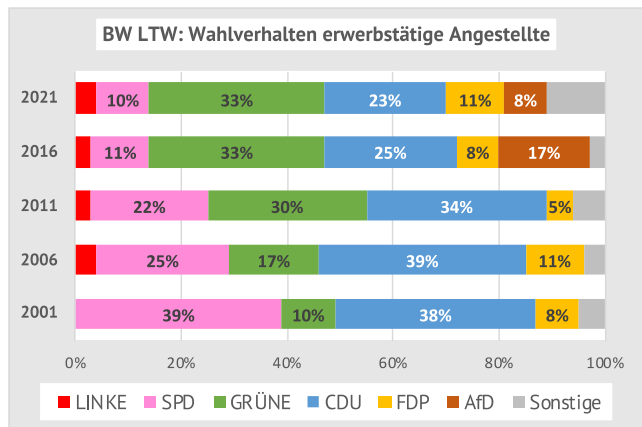
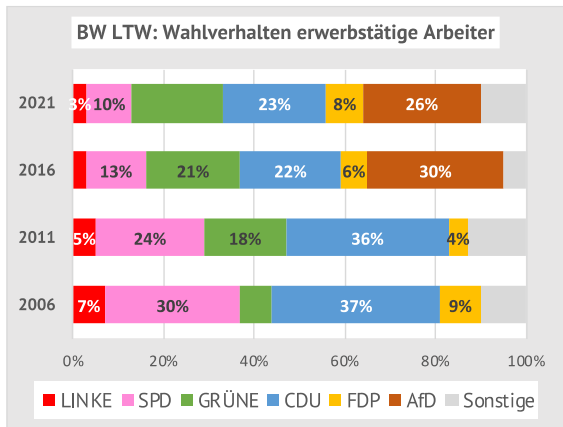
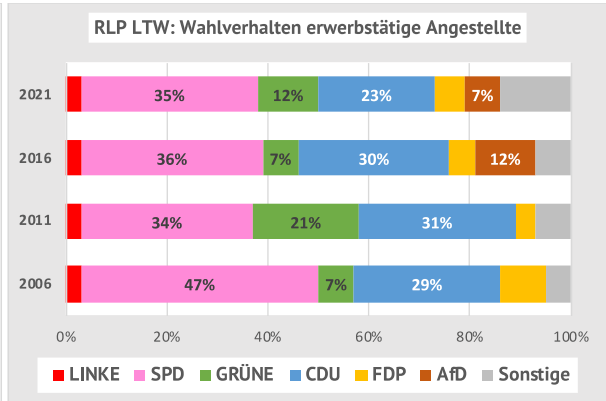
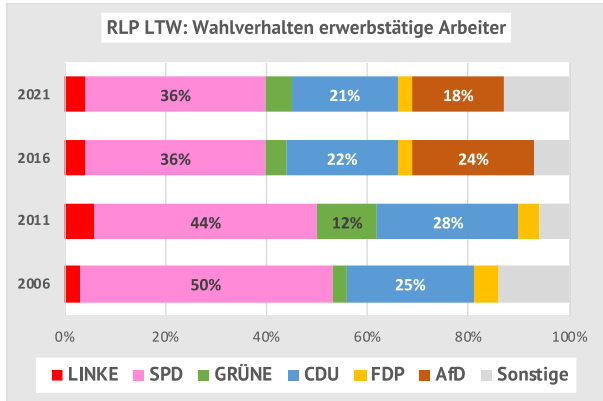
Wahlverhalten nach Wohnort: In den Landgemeinden verliert die CDU in Rheinland-Pfalz an die Freien Wähler, in Baden-Württemberg an die FDP. Auch in den Großstädten verliert die CDU in beiden Ländern, hier allerdings vor allem an die Grünen.

Stimmenanteile nach Gemeindegrößen														
Rheinland-Pfalz														
	LINKE		SPD		Grüne		CDU		FDP		AfD		FW	
Landgemeinden	2%	0%	37%	-1%	6%	2%	28%	-6%	6%	0%	9%	-3%	8%	5%
Kleinstädte	2%	-1%	35%	0%	10%	4%	29%	-4%	5%	-1%	9%	-5%	5%	3%
Mittelstädte	3%	-1%	34%	-1%	9%	3%	27%	0%	6%	-1%	11%	-3%	4%	2%
Großstädte	4%	-1%	38%	-1%	14%	5%	19%	-7%	5%	0%	8%	-4%	4%	3%
Baden-Württemberg														
Landgemeinden	2%	0%	9%	-1%	29%	0%	28%	-4%	11%	3%	11%	-4%		
Kleinstädte	2%	0%	11%	-2%	31%	1%	26%	-2%	11%	3%	11%	-4%		
Mittelstädte	4%	0%	12%	-1%	33%	3%	22%	-3%	10%	2%	10%	-6%		
Großstädte	6%	1%	14%	-1%	38%	6%	17%	-5%	9%	1%	8%	-7%		
Infratest dimap														

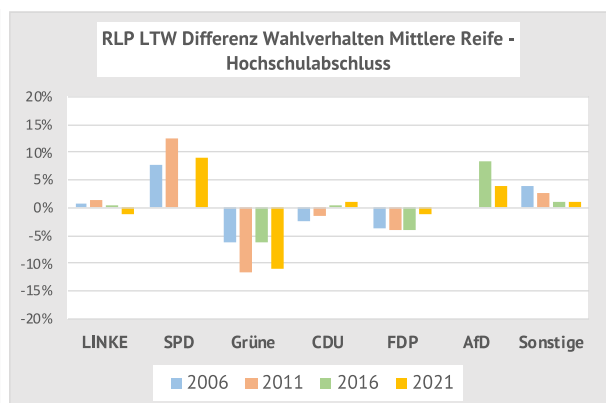
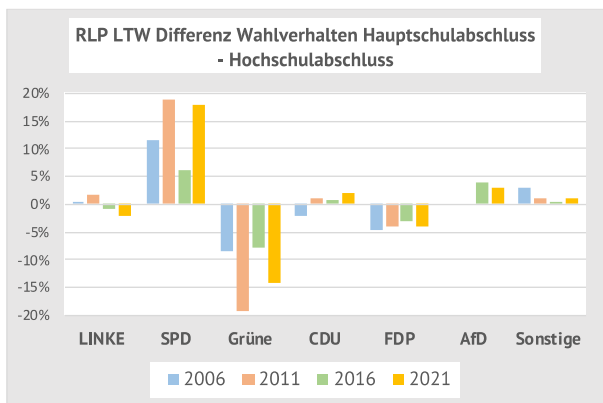
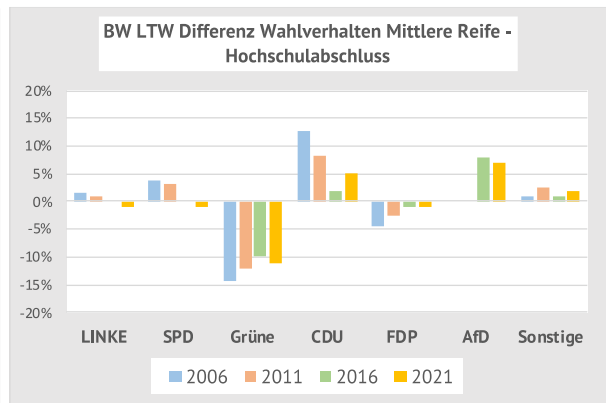
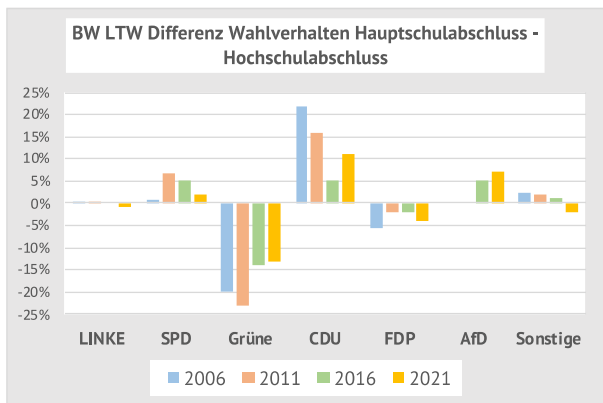
Wahlverhalten nach sozialem Status: Die AfD bleibt unter erwerbstätigen Arbeitern stark vertreten, in Baden-Württemberg bleibt sie stärkste Partei. Die SPD spielt keine besondere Rolle mehr unter Arbeitern, die CDU hat ihren Status als Arbeiterpartei in Baden-Württemberg endgültig verloren. (Vgl. zur weiteren Interpretation den entsprechenden Abschnitt im hinteren Teil.)

Wahlverhalten nach sozialem Status der Erwerbstätigkeit														
	LINKE		SPD		GRÜNE		CDU		FDP		AfD		FW	
	BW	RLP	BW	RLP	BW	RLP	BW	RLP	BW	RLP	BW	RLP	BW	RLP
Alle	3%	2%	12%	36%	32%	9%	24%	27%	10%	6%	10%	8%		5%
Arbeiter	3%	4%	11%	38%	20%	6%	21%	18%	8%	3%	28%	19%		7%
Angestellte	4%	3%	11%	36%	33%	12%	22%	20%	11%	6%	8%	7%		6%
Selbstständige	3%	2%	4%	16%	28%	12%	25%	29%	17%	17%	15%	11%		8%
Rentner	2%	1%	15%	43%	35%	4%	29%	39%	8%	3%	7%	5%		3%
Infratest dimap														

Wahlverhalten von erwerbstätigen Arbeitern und Angestellten 2006-2021



Differenz im Wahlverhalten niedriger – höchster Bildungsabschluss



Zur längerfristigen Entwicklung des Wahlverhaltens

Für das individuelle Wahlverhalten sind verschiedene Faktoren von Bedeutung. Die für die Wahlforschung bedeutsamsten sind:

1. langfristige Parteiidentifikation: grundlegende ideologische Übereinstimmung, etwa in Vorstellungen zur sozialen Ordnung, bei Gerechtigkeitsprinzipien; basales Vertrauen in das Handeln der Partei (Stammwählerschaft); Vertrauen in lange Linien der Handlungsorientierung (z.B. Möglichkeit des sozialen Aufstiegs durch individuelle Leistung)
2. thematische Übereinstimmung: Teile des Wahlprogramms sind wichtig, Partei steht für ein bestimmtes Thema (mehr als andere Parteien), für bestimmte Interessen;
3. überzeugende Persönlichkeiten / Kandidatinnen und Kandidaten: Vertrauen in die Integrität, Glaubwürdigkeit einer Person, Charisma; Personenvertrauen überstrahlt Parteivertrauen, Person zieht Partei (z.B. Kretschmann, Dreyer, Ramelow);
4. taktische Überlegungen: Konstellation der Parteien, Vermutungen über den Wahlausgang; Gewicht der eigenen Stimme für Wahlausgang und künftige Regierung, wer schafft es (nicht) ins Parlament, wer soll mit wem (nicht) regieren.

Grundsätzlich gilt: die langfristigen Parteiidentifikationen nehmen in ihrer Bedeutung ab, die Wechselbereitschaft der Wahlberechtigten nimmt zu und damit das taktische Wählen. Beim taktischen Wählen kommt wiederum der Kandidatenfrage eine große Bedeutung, zumindest bei den jüngsten Landtagswahlen. Um die AfD als stärkste Partei im Landtag zu verhindern, wurden in Brandenburg, Sachsen und Thüringen jeweils die Amtsinhaber und ihre je unterschiedlichen Partei (SPD, CDU, LINKE) absolut bzw. relativ gestärkt. Bei den Landtagswahlen 2016 zog der Amtsinhaber Kretschmann seine Partei mit, die am gleichen Tag in Rheinland-Pfalz dramatisch verlor. In Rheinland-Pfalz wirkten der persönliche und der Amtsbonus für Dreyer und die SPD, die zeitgleich im Nachbarland hinter die AfD auf den vierten Platz verwiesen wurde. Die Kandidatenfrage übernimmt teilweise auch Funktionen der langfristigen Parteiidentifikation: Vertrauen herstellen über die Prinzipien, nach denen die Partei unerwartete, neue Probleme in der Zukunft anpacken würde.

Für alle Faktoren gilt: ihr relatives Gewicht, ihr Mix bei der individuellen Wahlentscheidung variiert und lässt sich in der Analyse nur als typisiertes statistisches Aggregat fassen, welches wiederum allenfalls zufällig auf eine Person zutrifft.

In diesem Abschnitt sollen die längerfristigen Entwicklungen in den beiden Parteiensystemen und die Umbrüche in der jüngsten Zeit nachgezeichnet werden. Von besonderem Interesse sind dabei die letzten Wahlen. Im ersten Kapitel stehen die Wahlergebnisse selbst im Mittelpunkt. Die Stimmenergebnisse werden dabei auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten bezogen. Sie lässt sich das Potential einer Partei - ihre Mobilisierungsfähigkeit und Verankerung in der Bevölkerung - unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wahlbeteiligung für Wahlen auf verschiedenen institutionellen Ebenen miteinander in Beziehung setzen. Für die Analyse des Wahlverhaltens nach Alter und Geschlecht wird auf die Daten der repräsentativen Wahlstatistik zurückgegriffen, weil ihnen eine höhere Verlässlichkeit zukommt als den Nachwahlbefragungen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen. Deren Daten werden für die Analyse des Wahlverhaltens nach Bildungsstand und sozialem Status herangezogen. Ein späteres Kapitel beleuchtet langfristige sozialstrukturelle Wandlungen, die für die Lockerung der langfristigen Parteibindungen und die anschließenden politischen Suchbewegungen bedeutsam sind. Diese sozialstrukturellen Veränderungen stauen sich auf, bevor sie sich in politische Wahlverhalten entladen (können).

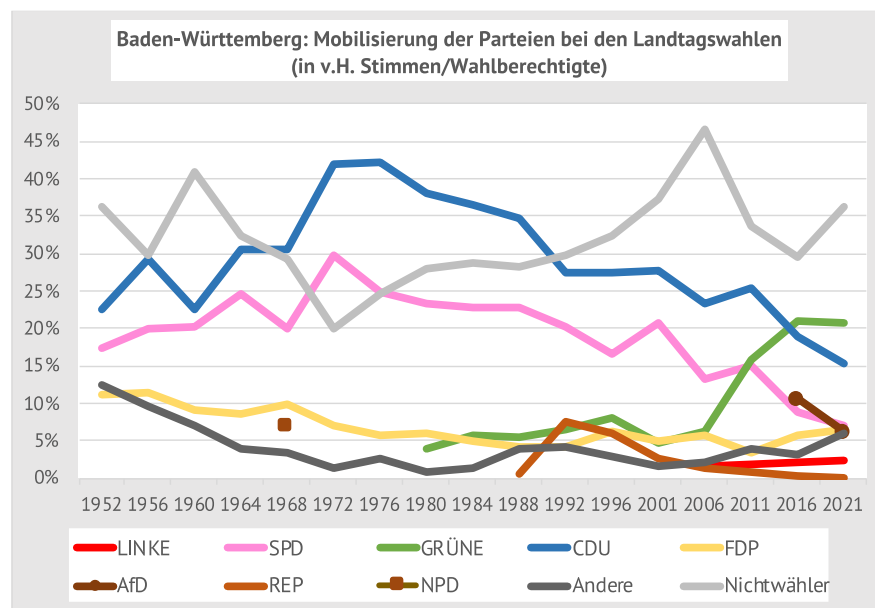
Entwicklung der Parteiensysteme

Baden-Württemberg: Erosion der alten Staatspartei und Aufstieg einer neuen

Mit der Landtagswahl am 13. März 2016 verlor die CDU ihre jahrzehntelange Hegemonie im Parteiensystem Baden-Württembergs endgültig. Erstmals wurde sie nur Juniorpartner in einer Landesregierung. Mit 27% erzielte die CDU 2016 erstmals weniger als 30% der gültigen Stimmen. Bereits bei der ersten Landtagswahl 1952 hatte sie immerhin 36% erreicht. In heftigen Auseinandersetzungen war der neue „Südwest-Staat“ erst 1952 gegründet worden. Bis zur Landtagswahl 1960 regierte eine Allparteienkoalition aus CDU, SPD, FDP/DVP und BHE. 1960 bildete Kurt-Georg Kiesinger eine CDU-FDP-Regierung gegen die Wahlsiegerin SPD. Es folgte ein kontinuierlicher Aufstieg der CDU, der mit dem Rekordergebnis von 56,7% bei der Landtagswahl 1976 seinen Höhenpunkt fand: Über 42% der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme der CDU des Ministerpräsidenten Filbinger, der wegen seiner früheren Tätigkeit als NS-Marinerichter im Laufe der Legislaturperiode von Lothar Späth abgelöst wurde.

Der kontinuierliche Aufstieg der Union geriet nur bei der Landtagswahl 1968 kurz ins Stocken, als die NPD mit 9,8% der Stimmen, die einer Zustimmung von 6,8% der Wahlberechtigten entsprach, in den Landtag einzog. Allerdings verzeichnete die CDU kaum Stimmenverluste, wohl aber die SPD, die von 37,3% auf 29,0% einbrach. Das Aufkommen einer offen rechts-nationalistischen Partei, in der sich viele Alt-Nazis versammelten, ging nicht mit besonderen Verlusten der regierenden CDU, sondern mit hohen Verlusten der linken Oppositionspartei einher.

Baden-Württemberg: Wähler/innen-Mobilisierung bei Landtagswahlen seit 1952



Für die SPD handelte es sich indes nur um einen vorübergehenden Einbruch. Bei der folgenden Wahl 1972 übertraf sie mit 37,6% knapp das Ergebnis von 1964. Es war zugleich das beste Resultat der Sozialdemokratie bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg. Zugleich erzielte die CDU über 52% und die Wahlbeteiligung lag bei nie wieder erreichten 80% der Wahlberechtigten. Bei den folgenden Landtagswahlen von 1976 bis 1988 erreichte die SPD regelmä-

ßig etwa ein Drittel der Stimmen bzw. rund 23% der Wahlberechtigten.

Mit der Landtagswahl 1972 begann ein kontinuierlicher Abstieg der FDP. Von 14,4% in 1998 sank sie auf 8,9%. Ein Teil der Wähler wandte sich wegen der sozialliberalen bundespolitischen Ausrichtung dauerhaft von der FDP ab. 1988 und 1992 erreichte die FDP mit 5,9% der Stimmen (4,1% der Wahlberechtigten) einen vorläufigen Tiefpunkt. Dieses Ergebnis wurde 2011 mit 5,3% der gültigen Stimmen und 3,5% der Wahlberechtigten nochmals unterboten. Im Gegensatz zu anderen Landesparlamenten war die FDP aber in allen Legislaturperioden mit einer Landtagsfraktion vertreten.

Die Grünen zogen 1980 mit 5,3% erstmals ins Landesparlament. Das erfolgreiche Aufkommen einer neuen Partei machte sich im Wahlergebnis der SPD wenig bemerkbar. Sie büßte weniger als 1% der gültigen Stimmen ein. Weit stärker waren bei dieser Wahl die Einbußen der CDU, die erstmals mit dem neuen Ministerpräsidenten Lothar Späth angetreten war. Die CDU verlor 3,3%punkte, behielt aber mit 53,4% die absolute Mehrheit. Aber statt 42,2% der Wahlberechtigten stimmten nur noch 38,1% für die Union. Die Grünen konnten ihr Ergebnis bei den folgenden Wahlen parallel zu weiteren Rückgängen bei der CDU verbessern.

Die Landtagswahl 1992, die erste nach der Vereinigung von BRD und DDR, brachte erhebliche Bewegung in das Parteiensystem des Landes. Mit den Republikanern (REP) zog eine neue Partei rechts von der Union in den Landtag ein. Sie erreichte 10,9% der Stimmen (7,5% aller Wahlberechtigten). Die CDU verlor fast 10%punkte und erreichte mit 39,6% erstmals wieder unter 40% der gültigen Stimmen. Auch die SPD verlor 2,6%punkte und fiel mit 29,6% erstmals wieder seit 1968 unter 30%. Gleichzeitig legten aber die Grünen auf 9,5% zu. Bei der folgenden Landtagswahl zogen die REPs mit 9,1% der Stimmen (6,1%) der Wahlberechtigten erneut in den Landtag ein, im Jahr 2000 scheiterten sie mit 4,4% der Stimmen am erneuten Wiedereinzug.

Nach dem ersten Erfolg der REPs erreichte die CDU nie mehr ihre alte Stärke, blieb aber mit einem Anteil von rund einem Viertel aller Wahlberechtigten bis einschließlich 2011 recht stabil in der Wählerschaft verankert. Die SPD hingegen erreichte das Fünftel der Wahlberechtigten, welches sie 1992 erreichte, nur noch einmal bei der Landtagswahl 2001, bei den anderen sank ihre Zustimmung auf ein Sechstel der Wahlberechtigten. Die Grünen erzielten 1996 mit 8,1% der Stimmen aller Wahlberechtigten ein vorläufiges Bestergebnis, bei den beiden anschließenden Wahl 2001 und 2006 schnitten sie deutlich schlechter ab.

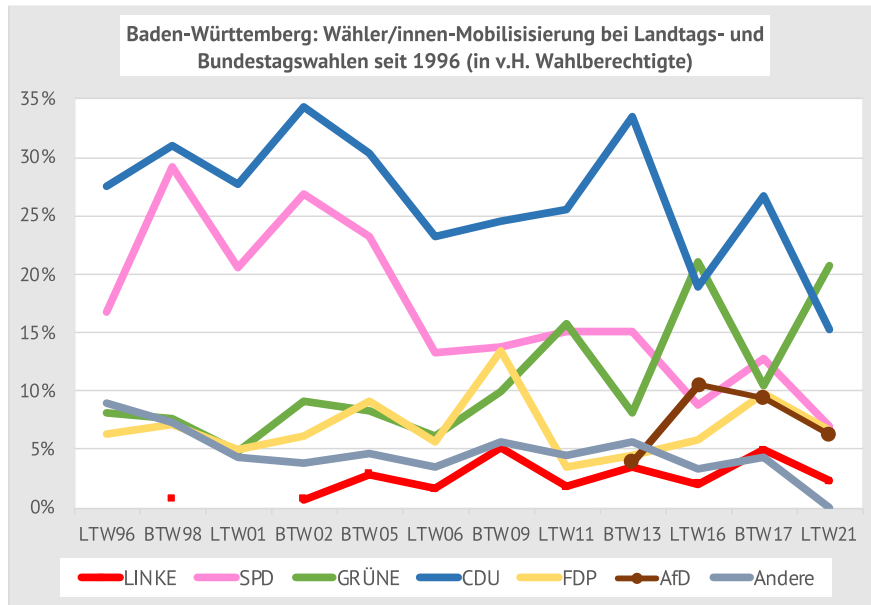
Die Landtagswahl 2011 leitete die Wende im Parteiensystem des Landes ein. Im Zuge der „Fukushima-Wahl“ und wegen der Schwäche des CDU-Ministerpräsidenten Mappus erhielten die Grünen mit 24,2% der gültigen Stimmen eine sprunghaft gestiegene Zustimmung. Statt 6,2% der Wahlberechtigten 2006 stimmten nun 15,6% der Wahlberechtigten die grüne Partei. Unter dem grünen Ministerpräsidenten Kretschmann kam es zu einer grün-roten Landesregierung. Erstmals seit den Anfängen des Landes stellte die CDU nicht den Ministerpräsidenten. Fast gleich starker Juniorpartner war die SPD geworden: Im Zuge der um 13%punkte gestiegenen Wahlbeteiligung konnte sie zwar ihren Anteil an allen Wahlberechtigten von 13,3% auf 15,1% steigern, verlor bei den gültigen Stimmen aber von 25,2% auf 23,1%, dem bis dahin schlechtesten Ergebnis. Weder durch Programm noch durch Kandidaten konnte die Südwest-SPD sich vom bundesweiten Negativtrend absetzen.

Mit der Landtagswahl 2016 wurde die Wende von 2011 bestätigt und verschärft. Die Grünen lösten nun die CDU sogar als stärkste Partei ab. 21,1% der Wahlberechtigten bekannten sich zur Kretschmann-Partei, nur noch 18,8 zur Union. Die SPD fiel auf 8,8% der Wahlberechtigten (12,7% der Stimmen). Die FDP erholte sich leicht auf 5,8% der Wahlberechtigten, blieb damit auf dem Niveau der 1970er Jahre. DIE LINKE spielte mit 2,0% der Wahlberechtigten erneut keine Rolle. Aber mit der AfD reüssierte erneut eine Partei politisch rechts von der Union. Sie errang 15,1% der Stimmen (10,5% aller Wahlberechtigten) und in Mannheim und Pforzheim zwei Direktmandate. In Baden-Württemberg zeichnete sich ab, was bei späteren Wahlen (in ([Süd-]Westdeutschland) wiederkehrte: eine Polarisierung der Bewegungen im Elektorat zwischen Grünen und AfD. Anders als beim Aufkommen der Republikaner 15 Jahre zuvor ist dieses Mal auch die SPD stark von diesem Sog betroffen: Damals verzeichnete vor allem die Union Einbrüche in ihrer Wählerschaft, 2016 verliefen sie für SPD und Union parallel, wobei für beide Parteien gilt: und jeweils in unterschiedliche Richtungen, wodurch eine politisch-strategische Reaktion erschwert wird.

Ein Vergleich der Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern bei Landtags- und Bundestagswahlen zeigt weitere Spezifika des Parteiensystems. Unter Winfried Kretschmann sind die Grünen zuletzt zu der Landespartei aufgestiegen. Bei Landtagswahlen gelingt ihnen eine deutliche bessere Mobilisierung als bei Bundestagswahlen. Geht es um die Landesregierung, erhalten sie Zustimmung vor allem aus dem Lager der CDU, aber auch von links. Ihre Bundestagswahlergebnisse fallen seit 2011 deutlich schlechter aus.

Entscheidend war der „Fukushima“-Effekt: Nach dem Atomausstieg unter der rotgrünen Bundesregierung hatte die schwarz-gelbe Merkel-Regierung den Ausstieg vom Ausstieg beschlossen, aber bereits viele mittelständische und Handwerksbetriebe im Ländle hatten ihre Investitionsentscheidungen bereits auf die Rahmenbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes umgestellt. Der Kurs der CDU geführten Bundesregierung durchkreuzte diese Umstellung.

[Baden-Württemberg: Mobilisierung bei Wahlen seit 1996](#)



Hierin hatten wir im Wahlbericht zur Landtagswahl 2011 ein entscheidendes Einfallstor für die Grünen in die CDU-Wählerschaft analysiert. In der ersten grünroten Landesregierung unter Winfried Kretschmann gelang es ihnen, diese Zugewinne zu stabilisieren, ohne dass sich das bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 in besonderem Maße auszahlte.

Die CDU nahm in etwa die spiegelbildliche Entwicklung: Deutlich mehr Wählerinnen und Wähler wollen, dass sie in der Bundespolitik eine wichtige Rolle spielt als in der Landespolitik (Ähnliches gilt für die FDP).

Für die SPD hält der Anfang der 1990er Jahre begonnene Abwärtstrend bei Bundestags- und Landtagswahlen vor allem seit 2005 an. Auch das 15%-Niveau bei den Wahlen 2006-2013 wurde zuletzt noch einmal deutlich unterboten. Die SPD in Baden-Württemberg droht zu einer „kleinen Partei“ zu werden, die mit anderen kleinen Parteien um den dritten Platz im Lande konkurriert. Dass sie eine Landesregierung führen könnte, ist nicht absehbar.

DIE LINKE, seit 2006 an Landtagswahlen beteiligt, konnte bisher in der Landespolitik nicht annähernd so Fuß fassen, dass es für einen Einzug in den Stuttgarter Landtag gereicht hätte. Bei den Bundestagswahlen erreichte sie aber 2009 und 2013 gut 5% der Wahlberechtigten und 7,2% bzw. 6,4% der Wahlberechtigten.

DIE LINKE, seit 2006 an Landtagswahlen beteiligt, konnte bisher in der Landespolitik nicht annähernd so Fuß fassen, dass es für einen Einzug in den Stuttgarter Landtag gereicht hätte. Bei den Bundestagswahlen erreichte sie aber 2009 und 2013 gut 5% der Wahlberechtigten und 7,2% bzw. 6,4% der Wahlberechtigten.

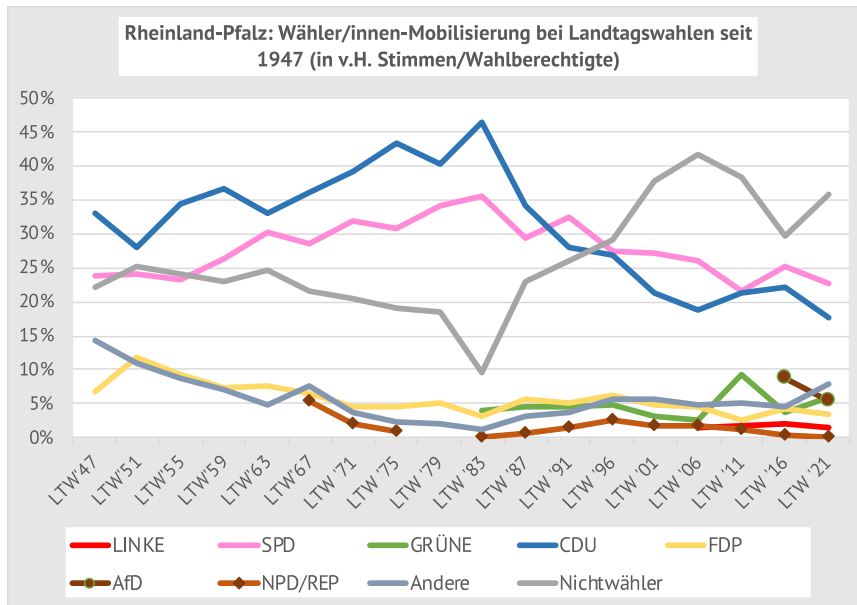
Rheinland-Pfalz: Früher Wechsel der Staatspartei innerhalb des alten Parteiensystems

In Rheinland-Pfalz entwickelte sich das Parteiensystem bis Ende der 1980er Jahre ähnlich wie in Baden-Württemberg. Die CDU etablierte sich nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland rasch als hegemoniale Landespartei, die mit wechselnden Koalitionspartnern die Landesregierung stellte. Ihre besten Ergebnisse erreichte sie bei den Wahlen 1971 bis 1983 Ergebnisse von 50% und mehr erzielte. Diese Erfolge waren eng mit der Person von Helmut Kohl verbunden. 1983, als es darum ging, zeitgleich den Landsmann Kohl als Bundeskanzler nach dem Partnerwechsel der FDP zu bestätigen, erreicht dieser Aufstieg seinen Höhepunkt.

Mit der Entwicklung der CDU parallel verlief das Wachstum der SPD. 1983 mobilisierten beide Parteien zusammen über 80% der Wahlberechtigten. Einzig 1967, zu Zeiten der Großen Koalition im Bund, wurde die positive Entwicklung der Sozialdemokratie unterbrochen, als der NPD mit 6,9% der gültigen Stimmen der Einzug in den Landtag gelang.

Die FDP verlor bei der folgenden Wahl 1971 ihre landespolitische Bedeutung. Ein Teil ihrer (nationalkonservativen) Wähler und Wählerinnen strafte sie für die Zusammenarbeit mit der SPD in der Bundesregierung seit 1969 ab. Daran änderte auch der Koalitionswechsel im Bund nichts. Im Gegenteil, bei der historischen Wahl 1983 reichte es mit 3,5% nicht einmal zur Fortsetzung der parlamentarischen Existenz im Land. Sie war und blieb prekär. Nochmals 2011 scheiterte die FDP mit 4,2% am Einzug in den Landtag – dieses Mal trotz sinkender Wahlbeteiligung.

Rheinland-Pfalz: Wähler/innen-Mobilisierung bei Landtagswahlen seit 1947

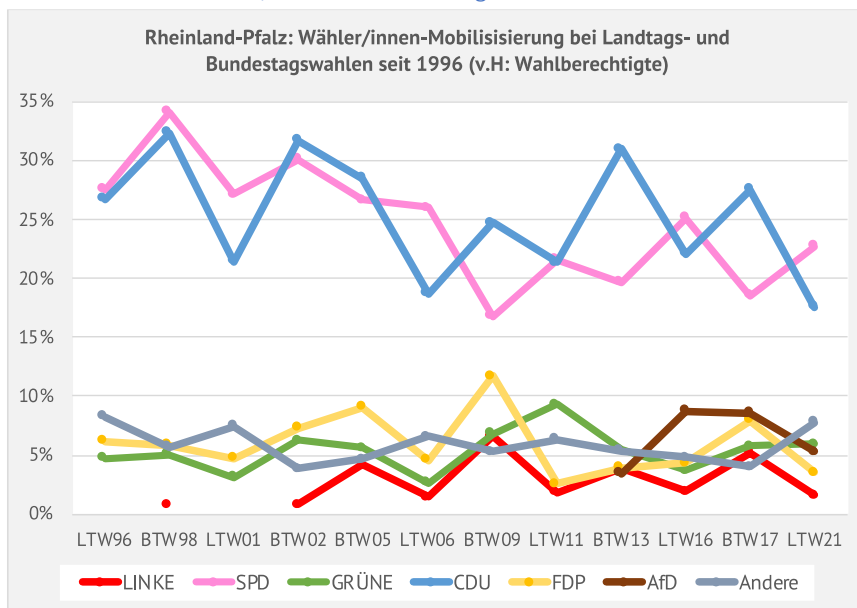


Nach dem historischen Erfolg 1983 schwand die Mobilisierungsfähigkeit der CDU unter den Wahlberechtigten kontinuierlich und verharrt seit 2006 auf einem Niveau um die 20% aller Wahlberechtigten.

Bei der Landtagswahl 1991 wechselte die Farbe der führenden Landespartei dann bis auf weiteres zur SPD. Rudolf Scharping wurde erster sozialdemokratischer Ministerpräsident im Land, ihn ersetzte Kurt Beck, auf den 2013 Malu Dreyer folgte. Mit

Beck und Dreyer verfügte und verfügt die SPD über zwei in der Landespolitik stark verankerte Persönlichkeiten, die die Wahlergebnisse der SPD nach der Bundestagswahl 2002 bei Landtagswahlen regelmäßig über das Bundestagswahlergebnis hoben und der Partei ihre landespolitische Rolle sicherten.

Rheinland-Pfalz: Wähler/innen-Mobilisierung bei Wahlen ab 1996



Anders als im Nachbarland Baden-Württemberg gelang es den Grünen nicht, sich als Landespartei zu profilieren. Ihre Wahlergebnisse blieben, mit Ausnahme der „Fukushima-Wahl“ im Frühjahr 2011 (15,4%), regelmäßig unter 7%. 2006 verpassten sie gar den Einzug in den Landtag.

Der Vergleich mit der Mobilisierung bei Bundestagswahlen zeigt, dass die CDU im Land das größere Potential besitzt und dass von den kleineren Parteien allein die AfD es geschafft hat, ihr Po-

tential auch bei Landtagswahlen auszuschöpfen.

DIE LINKE erscheint landespolitisch ähnlich schwach verankert wie im Nachbarland. Gelänge es, annähernd so viele Wahlberechtigte wie bei den zurückliegenden Bundestagswahlen für eine landespolitische Rolle der Partei zu begeistern, könnte sie dort eine vergleichbare Rolle spielen wie zuletzt FDP und Grüne.

Repräsentative Wahlstatistik: Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter in Baden-Württemberg

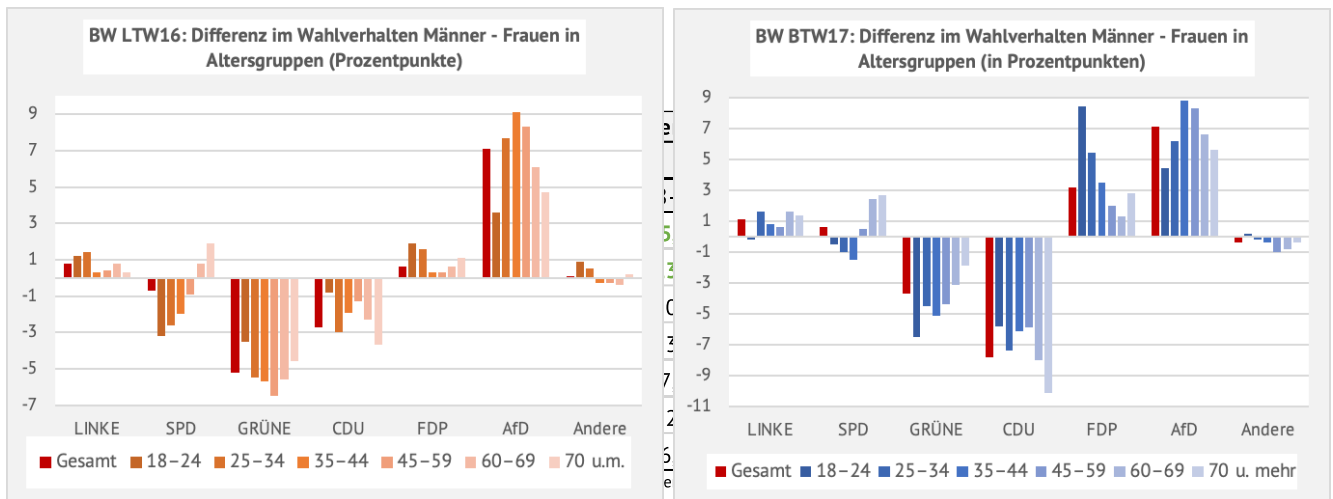
Die Repräsentative Wahlstatistik für die Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg zeigt erhebliche Unterschiede im Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht. Die Grünen werden deutlich überdurchschnittlich von 45-59jährigen Wahlberechtigten gewählt; 8,1 Prozentpunkte mehr als sie unter den 23-34jährigen erhalten. CDU, SPD und FDP erzielen klar überdurchschnittliche Ergebnisse bei den über 60jährigen. Die Linke ist bei jüngeren (unter 35 Jahre) fast doppelt so stark vertreten wie bei den über 45jährigen – eine

auffällige Veränderung gegenüber der Landtagswahl 2011. Die Stärke der AfD lag unter den erwerbstätigen Personen bzw. in den Altersgruppen mit hohen Erwerbsquoten. Hier belegte sie mit großem Vorsprung vor der SPD den dritten Platz.

Baden-Württemberg LTW16: Wahlverhalten in Altersgruppen

Der Blick auf das Wahlverhalten von Männern und Frauen zeigt für alle Altersgruppen zum Teil deutliche Unterschiede im Wahlverhalten. Bei den 25-59jährigen Männern rückt die AfD mit zunehmendem Alter auf Augenhöhe mit der CDU (bei den 45-59jährigen: AfD 21,5%; CDU: 21,8%).

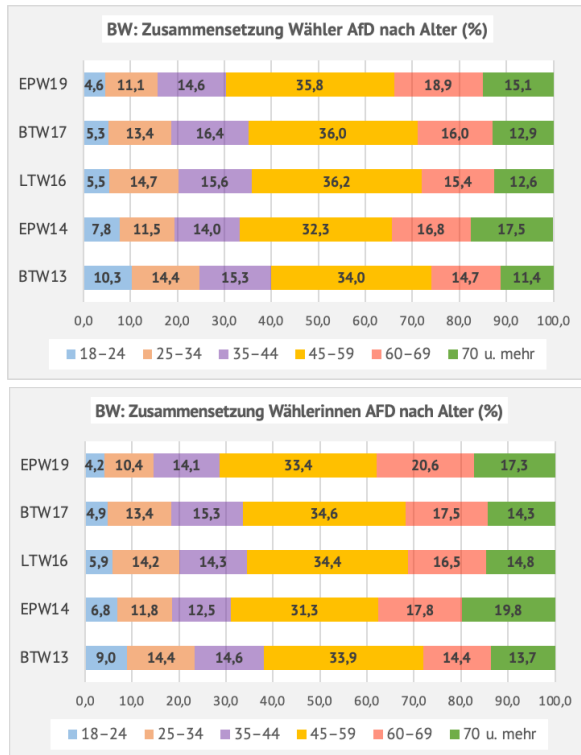
Baden-Württemberg: Differenz im Wahlverhalten von Männern und Frauen



Mit Blick auf die Differenz im Wahlverhalten von Männern und Frauen erscheinen Grüne, CDU und SPD (bei jüngeren Frauen) als „Frauenparteien“, d.h. die Zustimmung von Frauen in allen Altersgruppen liegt deutlich höher als die von Männern, umgekehrt die AfD als „Männerpartei“. Bei der Bundestagswahl werden diese Unterschiede differenziert bestätigt. Bei den unter 34-Jährigen konkurriert die FDP mit der AfD um die Rolle als typische Männerpartei. Die Grünen fallen in der Rolle als Frauenpartei deutlich hinter die CDU zurück, die SPD spielt kaum noch eine Rolle. Diese Befunde lassen sich so verstehen, dass Frauen viel stärker als Männer in den Grünen „die“ Landespartei sehen, während sie bei Bundestagswahlen der CDU die Treue halten.

Die Wählerschaft der AfD in Baden-Württemberg nach Alter und Geschlecht

Zusammensetzung AfD: von 100 Wähler/Wählerinnen ...



Mit der Landtagswahl 2016 veränderte sich im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 die Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft in den Altersgruppen. Die 45-59-Jährigen trugen überdurchschnittlich zum Aufschwung der AfD bei und sind seitdem um rund 8 Punkte stärker in der AfD-Wählerschaft vertreten als unter den Wahlberechtigten.

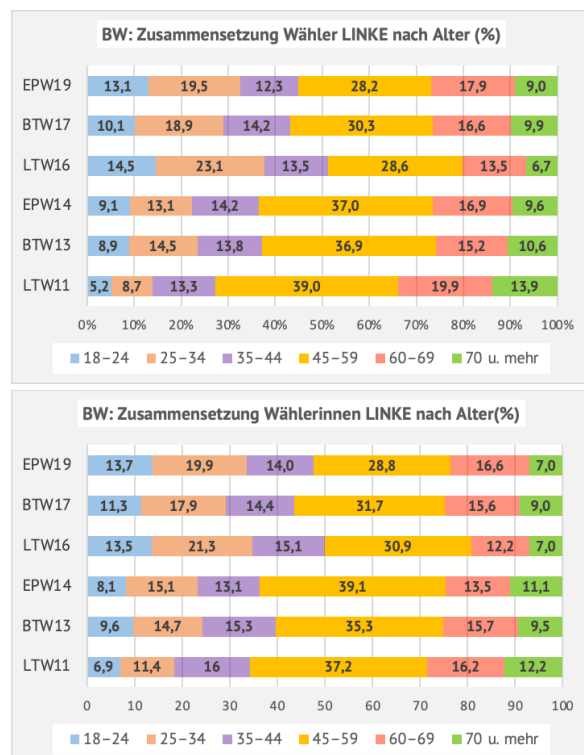
Von 100 Wählern der AfD waren 2016 gut 36 zwischen 45-59 Jahren alt, bei den Wählerinnen gut 34, aber jeweils knapp 6 zählten zur jüngsten Altersgruppe. Berücksichtigt man indes, dass auch die Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen in den Altersgruppen unterschiedlich ausfällt, so relativieren sich die Unterschiede, ohne dass der überdurchschnittliche Anteil unter Wahlberechtigten in der zweiten Hälfte des Erwerbslebens verschwindet. Im Vergleich der beiden Wahlen zum Europäischen Parlament fällt der gewachsene Anteil der über 60jährigen Männer und Frauen ins Auge. Die deutlichen Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen wirken sich nicht merkbar auf die Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Wählerschaft der AfD aus.

Die Wählerschaft der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg nach Alter und Geschlecht

Von 100 Wählern und Wählerinnen der Partei DIE LINKE waren zwischen ... und ... Jahre alt

In der Zusammensetzung der Wählerschaft der Linken hat es in Baden-Württemberg 2016 eine nachhaltige Veränderung gegeben. Stimmenanteil unter Männern und Frauen in der zweiten Hälfte des Erwerbslebens, ging um rund 9 Prozentpunkte zurück. Bis dahin war diese Altersgruppe (etwa die Geburtsjahrgänge 1955 bis 1970) stark überdurchschnittlich vertreten.

Seit der Landtagswahl 2016 sind die jüngeren Wähler und Wählerinnen mit einem bemerkenswert höheren Anteil in der Wählerschaft der Linken vertreten als ihrem Anteil an den wählenden und wahlberechtigten Personen entspricht. Allerdings ist dies angesichts der quantitativen Größe dieser Altersgruppen keine Garantie für Wahlerfolge.



Das Wahlverhalten nach Bildungsstand und sozialem Status seit 2006³

Arbeiter

Die klassische Partei der „einfachen Leute“ und der erwerbstätigen Arbeiterschaft war in Baden-Württemberg noch in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre die CDU. 2001 wählten 48% der an der Landtagswahl teilnehmenden Arbeiter die CDU, unter den Angestellten waren es 38%. Die zweite große Partei im Land, die SPD, erhielt die Stimmen von 33% der Arbeiter und 39% der Angestellten. Immerhin 11% der Arbeiter, so viel wie in keiner anderen Statusgruppe, wählten bereits 2001 eine „sonstige“ Partei. Dieser Anteil blieb in den beiden folgenden Wahlen 2006 und 2011 annähernd gleich groß (2011: 13%), und sank erst 2016 mit dem Auftreten der AfD auf 4% der „Arbeiter“-Stimmen. 2006 erhielt Die Linke (WASG) unter Arbeitern 7%, die SPD nur noch 30% statt 33% und die CDU sank von 48% auf 37%. Auch die Grünen erhielten mit 7% etwas mehr Unterstützung unter Arbeitern, die FDP mit 9% (zuvor 4%) noch etwas mehr. Das Vertrauen, dass die CDU weiterhin gut für das Wohl der einfachen Leute im Land sorgen würde, war – man denke an den „Leipziger Parteitag“ der CDU, aber auch an Personalien in der Landes-CDU – merklich gesunken, ohne indes eine klare andere Richtung einzuschlagen.

Auch bei der „Fukushima-Wahl“ 2011 blieb die CDU mit 36% unter Arbeitern die mit Abstand stärkste Partei. Vor allem die SPD verlor von 30% auf 24%, Die Linke von 7% auf 5% und die Grünen gewannen unter Arbeitern von 7% auf 18% hinzu. 2011 war die politische Bewegung im Arbeiter-Wahlverhalten eine von „links“ bzw. „sozialen“ Themen zu „grünen“ Themen.

Das Auftreten der AfD bei der Landtagswahl 2016 führte unter den wählenden erwerbstätigen Arbeitern zu einem Erdrutsch nach rechts: die AfD erhielt 30% ihrer abgegebenen Stimmen und wurde damit stärkste Partei. Die CDU verlor 12%punkte, die SPD 11%punkte, die sonstigen Parteien 8%punkte, die Linke 2%. Neben der AfD gewannen unter Arbeitern die Grünen 3%punkte hinzu (21%) und die FDP 2%punkte.

Wie wählten Arbeiter im Nachbarland Rheinland-Pfalz zur gleichen Zeit? In Rheinland-Pfalz hatte die SPD unter Rudolf Scharping Anfang der 1990er Jahre die Rolle der Landes-Staatspartei übernommen, auf ihn folgte Kurt Beck und anschließend Malu Dreyer. Bei der Wahl 2006 erzielte die SPD unter erwerbstätigen Arbeitern 50% (Angestellte: 47%), die CDU erhielt 25% (Angestellte: 29%). Dritstärkste Partei unter Arbeitern wurden 2006 mit 14% die „sonstigen“ Parteien – wie im Nachbarland ein außerordentlich hoher Wert.

Die CDU blieb bei den folgenden Wahlen mit 28% bzw. 22% unter Arbeitern relativ stabil. Bei der Wahl 2011, bei der auch in Rheinland-Pfalz die Grünen einen fulminanten Wahlsieg feiern konnten, fand die Wahlbewegung unter Arbeitern vor allem als Bewegung weg von der SPD (-6%) und hin zu den Grünen (+9%) und der Linken (+3%) statt. Deutlich geringer (-8%punkte) wurden auch die Sonstigen gewählt, anders als in Baden-Württemberg, die CDU gewann 3% hinzu. In beiden Ländern fand eine parallel Bewegung im Wahlverhalten von Arbeitern statt: von der Sozialdemokratie zu den Grünen.

Anders als im grün-rot regierten Nachbarland gelang den Grünen in Rheinland-Pfalz in der rotgrünen Landesregierung keine Bindung der neuen Wählerinnen und Wähler. Bei der Landtagswahl 2016 zogen sie mit 5,3% (statt 15,4%) nur knapp wieder in den Landtag ein. Unter Arbeitern verloren sie 8%punkte. Mit 36% (-8%) blieb die SPD stärkste Partei unter Arbeitern. Die CDU verlor 6% auf 22%, die AfD erreichte 24% und wurde zweitstärkste Partei unter Arbeitern. Das Auftreten der AfD traf in Rheinland-Pfalz zusätzlich mit einer Fähigkeit der Grünen zusammen, ihren Wahlerfolg von 2011 zu stabilisieren. Über den groben Kamm geschoren: SPD, Grüne und CDU verloren jeweils etwa ein Drittel dessen, was die AfD an Zustimmung gewann.

Der Blick über mehrere Wahlperioden zurück und der Vergleich von zeitgleichem Wahlverhalten in zwei Nachbarländern zeigt, dass das Wahlverhalten von Arbeitern komplexer ist als es von der Debatte unterstellt wird, die auf der linken Seite so vehement zwischen „Verteilungspolitik“ und „Identitätspolitik“ geführt wird.

³ Die Tabellen und Grafiken zu diesem Kapitel finden sich im Anhang (Tabellenübersichten) und in den Grafiken im aktuellen Teil vorn.

Bildung

Fasst man den Kreis der „kleinen Leute“, der „einfachen Leute“ oder - in Übernahme des angelsächsischen Begriffs – der „arbeitenden Klassen“ weiter, fasst darunter alle Wahlberechtigten mit einem einfachen oder mittleren formalen Schulabschluss, so bestätigt sich das obige Bild. Hauptschüler, also erwerbstätige und nichterwerbstätige Personen sowie Rentnerinnen und Rentner mit einem Hauptschulabschluss als höchstem Schulabschluss, wählten in Baden-Württemberg 2001, 2006 und 2011 zur Hälfte die CDU, 2016 wurde die CDU mit 32% immer noch stärkste Partei. Aber bereits 2011 steigerten die Grünen ihren Anteil um 9% und 2016 nochmals um 12% auf nun 25% (AfD: 17%, SPD 14%). Bei den mittleren Bildungsabschlüssen verlief die Bewegung parallel, wobei die CDU von 2001 bis 2011 bei etwa 45% lag und die SPD wie bei den „niedrigen“ Abschlüssen zunächst einem Drittel der Stimmen.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass die Unterschiede in der Zustimmung von Wählerinnen und Wählern mit niedriger und hoher formaler Bildung bei der SPD eher gering ausfielen und ausfallen, bei CDU und Grünen indes recht stark. Die CDU ist bei den niedrigen und mittleren Abschlüssen bis 2011 etwa 15% stärker als bei den hohen, bei den Grünen ist es umgekehrt. Bei den hohen Abschlüssen war sie 2011 um 21 Punkte stärker als bei den niedrigen – aber 2016 verringerte sich durch die stärkere Zustimmung unter Hauptschulabsolventen der Unterschied auf 10%punkte.

In Rheinland-Pfalz blieb die CDU in allen Bildungsschichten bis einschließlich 2016 mit etwa einem Drittel der Stimmen stabil, bei den unteren Schichten leicht stärker vertreten als bei den hohen. Vor allem 2011 und 2016 ist die SPD bei den unteren Bildungsschichten stärker als bei den hohen, legt dort 2016 sogar leicht zu (Rückgewinne von den Grünen). Bei den niedrigen Bildungsabschlüssen verlieren 2016 Grüne (-5%) und CDU (-8%), die AfD gewinnt 12% (SPD: +2%). Bei den mittleren Abschlüssen verlieren die Grünen (-10%), die CDU (-6%) und die SPD (-3%), die AfD gewinnt 18%. Bei den hohen Bildungsabschlüssen verlieren die Grünen 16 Prozentpunkte, die AfD gewinnt 9%, die SPD 4%, die FDP 3%.

Sozialstrukturelle Hintergründe des Wahlverhaltens

Mit dem Wandel der Sozialstruktur erodiert die in den ersten 30 Jahren der Bundesrepublik Deutschland bestätigte bzw. neu entstandene längerfristige Parteibindung, das Wahlverhalten in langen Linien. Die längerfristige Parteibindung, das Charakteristikum von „Stammwählerinnen“ und „Stammwählern“ wird in der Regel familiär, sozial vererbt, während der Jugendzeit erworben oder (und) beruht auf einem basalen Vertrauensvorschuss: da man sich selber kein Urteil zutraut, vertraut man einer Partei und ihrem Personal, der und dem man sich zugehörig fühlt. Damit sind auch mögliche Bruchstellen benannt: mit einem sozialen Aufstieg nimmt das Gewicht des „sozialen Erbes“ ab, mit zunehmender Bildung wächst das Vertrauen in die eigene Urteilskraft. Parteien können das in sie gesetzte Vertrauen brechen, etwas beschließen, was man niemals von ihnen erwartet hätte und von dem einem der „Klasseninstinkt“ sagt, dass es gut für die anderen, nicht aber für einen selbst sein wird.

Ideologische Grundorientierungsortieren die Parteienlandschaft: Welche kommen in Frage, welche scheiden von vorneherein aus. Es stehen Parteien zur Wahl, die zu wählen niemals in Frage käme. Zu anderen gibt es dagegen eine affektive Nähe. Oftmals wählt man immer die gleiche Partei, auch wenn sie „einen Besenstiel“ zur Wahl stellte. Tatsächlich haben die Stammwählerschaften aller Parteien in den zurückliegenden Dekaden kontinuierlich abgenommen. Ausweislich der Abschätzungen der Wählerwanderungen durch Infratest dimap liegt der Anteil der Wiederwählerinnen und -wähler oftmals unter 50% der aktuellen Wählerschaft. Die Bereitschaft, sich von Wahl zu Wahl neu zu entscheiden, hat sich ausbreitet. Woran liegt das? Für Antworten wird Blick auf langfristige sozialstrukturelle Veränderungen und ihre Wirkungen auf die Muster, in denen die soziale Welt gedeutet wird, interessant und notwendig.

Zu den zentralen Elementen der ideologischen Weltsicht zählen die bevorzugten normativen Ordnungsmodelle wie z.B. Prinzipien der Verteilung (vor allem: Gleichheitsprinzip, Bedarfsprinzip, Leistungsprinzip, Anrechtsprinzip) und die Gesellschaftsbilder. „Gesellschaftsbilder“ umfassen Vorstellungen, Meinungen und Erfahrungen darüber, wie es in der Gesellschaft zugeht, wer warum das Sagen hat, welcher Platz einem zustände, wenn es „gerecht“ zugeht, und welchen Platz man tatsächlich einnimmt, welchen Einfluss man auf den Lauf der Dinge und die Umstände des eigenen Lebens ausüben kann und welche Möglichkeiten einem offen stehen, ob man gehört wird und von wem man vertreten und repräsentiert wird. In den

Gesellschaftsbildern tummelt sich das „Meinungswissen“, „jenes Zwischenreich mehr oder weniger fraglos unterstellter Deutungen, Wörter und Vorstellungen über die soziale Welt, welche die Spontanerklärungen in Alltag, Medien und Politik untermauern, ohne auf elaboriertes, gar überprüfbares Wissen zu rekurrieren“⁴. Vorstellungen von sozialer Ordnung, ihren Elementen und Hierarchien gelten als selbstverständlich, haben eine lange Entstehungs- und Lebenszeit und „vererben“ sich sozial.

Gesellschaftsbilder bilden die Basis für langfristige Parteibindungen (Stammwählerschaften). Sie leben von der langen Dauer der gesellschaftlichen Strukturen, unter und mit denen das Meinungswissen geprägt wurde und in denen die Gesellschaftsbilder wirk- und handlungsmächtig sind. Tiefgreifender struktureller Wandel setzt die Gesellschaftsbilder unter Druck. Verkürzt gesagt: Entweder gelingt es, sich umzustellen und die eigene Lebensführung an veränderte Bedingungen anzupassen oder die eigenen Deutungen geraten in Konfrontation mit dem Umbau der gesellschaftlichen Ordnung. Vor allem in letzterem Fall lockern und brechen traditionelle Parteibindungen, wenn die Partei als Vorreiter des sozialen Wandels wahrgenommen werden.

Strukturwandel dieser Art ist ein langfristiger Prozess, ob es zu politischen Brüchen kommt und welche Gestalt sie annehmen, hängt auch von aktuellen Konstellationen an. Die Arbeitsmarktreformen der SPD/Grüne-Koalition Anfang der 2000er Jahre oder die Krise der Flüchtlingspolitik waren solche Gelegenheiten, an denen sich ideologische Ablösungen eine politische Bahn brachen – statt in Wahlenthaltung zu münden.

Es sind vor allem drei große Wandlungen in der gesellschaftlichen Struktur, die in den letzten drei bis vier Jahrzehnten im Leben der (älteren) Wahlberechtigten zu verarbeiten waren⁵:

- auf dem Feld der Geschlechterverhältnisse: Transformation des Haushalts- und Familienmodells und seiner steuer- und sozialrechtlichen Normen, Frauenerwerbsarbeit, Gleichstellungsprozesse;
- in der Arbeits- und Berufswelt: diverse sektorale Deindustrialisierungen, Verlagerung eines Gutteils der industriellen „Maloche“, Wandel vom gesellschaftlichen Selbstbild „Industriegesellschaft“ zur „Wissensgesellschaft“, Bildungsexpansion und „Kompetenzrevolution“ (Michael Vester) in der Berufswelt,
- in dem Feld der Demographie: wachsende Lebenserwartungen, Alterung der Gesellschaft.

Hierbei handelt es sich, mit Blick auf die westdeutsche Teilgesellschaft, eher um allmähliche strukturelle Transformationen, zumindest im Vergleich zu der schockartigen Umwandlung der DDR-Gesellschaft zu einer bundesdeutschen Teilgesellschaft.

„Verlierer“ des sozialstrukturellen Wandels zu sein, umfasst die unterschiedlichsten Dimensionen: materielle Verluste, soziale Anerkennungsverluste, kulturelle Entwertungen des sozialen Status des Berufs, des Lebensführungsmodells, des Wissens, dass die eigene Art und Weise das Leben zu gestalten, in die dominante gesellschaftliche Norm fällt. Mann kann sich ohne Einkommensverluste zu den Verlierern zählen, wenn Frauen gleich viel verdienen, wenn gesellschaftliche Emanzipation die eigene Position in Frage stellt.

Die politischen Wirkungen der fundamentalen sozialstrukturellen Veränderungen lassen sich hier nicht nachzeichnen, geschweige denn analysieren. Es ist aber notwendig, auf sie hinzuweisen und sich vor Augen zu führen, wenn man die Tragweite der Umstellungen im Parteiensystem verstehen will. Die Auflösung von traditionellen Parteibindungen erscheint dabei in einem widersprüchlichen Licht. So findet sich zum Beispiel die Enttäuschung, dass einem die eigene Partei fremd wurde, neben dem gewachsenen Selbstbewusstsein, sich ein eigenes politisches Urteil bilden zu können.

Im Mittelpunkt der folgenden Datenaufbereitung steht das Land Baden-Württemberg, aus arbeitsökonomischen Gründen, vor allem aber, weil es zu den wenigen „reichen“ Ländern der Bundesrepublik Deutschland zählt und gleichwohl von tiefen Umwälzungen in der Parteienlandschaft geprägt ist. Für alle abgebildeten sozialstrukturellen Entwicklungen gilt, dass sie sich für Rheinland-Pfalz in ähnlicher Weise darstellen lassen.

⁴ Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Berlin 2019, S. 94. „Meinungswissen“ deckt sich begrifflich weitgehend mit Pierre Bourdieu's „Doxa“.

⁵ Eine weitere große Wandlung, die für die Verankerung von Parteien und das Wahlverhalten nach Parteiidentifikation eine Rolle spielen dürften, sind die Wohnverhältnisse bzw. soziale Mischung der Wohnquartiere. Hierzu fehlen aber hier die notwendigen Daten.

Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung

Deutlich mehr Einwohner als wahlberechtigte Bürger und Bürgerinnen

In Baden-Württemberg sind mit rund 7,7 Mio. Personen nur gut 83% der Einwohner im Alter von mindestens 18 Jahren für die Landtagswahl wahlberechtigt. Ein Sechstel der erwachsenen Bevölkerung besitzt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Besonders hoch ist der Anteil der Personen mit einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit in der Altersgruppe der 30-44-jährigen. In Rheinland-Pfalz liegt der Anteil der Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit um rund fünf Prozentpunkte höher als im Nachbarland, die Zahl der Wahlberechtigten liegt knapp über 3 Mio.

Der Anteil der nichtdeutschen Einwohner ist unter den 25-35-jährigen Männern überdurchschnittlich: In Baden-Württemberg besitzen mehr als ein Viertel eine andere Staatsangehörigkeit, in Rheinland-Pfalz mehr als ein Fünftel. Man kann es auch so ausdrücken: Ein nicht kleiner Teil der Arbeits- und Lebenswelt ist von der politischen Repräsentation a priori ausgeschlossen.

Anteil der Wahlberechtigten an Einwohnern und Altersstruktur

Anteil der Wahlberechtigten an der Bevölkerung in Altersgruppen (%)				Alterstruktur der Wahlberechtigten (%)		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Baden-Württemberg				Baden-Württemberg		
Erstwähler/in	80,6%	84,0%	82,2%	7,1%	6,4%	6,7%
18-29 Jahre	76,1%	79,5%	77,7%	17,5%	15,6%	16,5%
30-44 Jahre	73,8%	76,2%	75,0%	21,4%	19,9%	20,6%
45-59 Jahre	84,0%	85,2%	84,6%	28,1%	26,5%	27,3%
60-69 Jahre	90,4%	90,0%	90,2%	15,5%	15,5%	15,5%
70 und älter	91,6%	93,9%	92,9%	17,5%	22,4%	20,0%
Insgesamt	82,2%	84,7%	83,5%	100%	100%	100%
Rheinland-Pfalz				Rheinland-Pfalz		
Erstwähler/in	83,7%	87,4%	85,5%	6,5%	5,9%	6,2%
18-29 Jahre	80,7%	84,3%	82,4%	16,0%	14,4%	15,2%
30-44 Jahre	80,5%	82,2%	81,3%	20,3%	18,9%	19,6%
45-59 Jahre	89,1%	89,9%	89,5%	28,4%	27,1%	27,7%
60-69 Jahre	94,5%	94,2%	94,3%	17,4%	16,9%	17,1%
70 und älter	95,5%	96,7%	96,2%	17,9%	22,7%	20,4%
Insgesamt	87,7%	89,6%	88,6%	100%	100%	100%

Destatis, Fortschreibung Bevölkerungsstand, 31.12.2019. Eigene Berechnungen.

Bereits mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten ist 60 Jahre und älter

Etwa sieben Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger darf erstmals an einer Landtagswahl teilnehmen (Baden-Württemberg: rund 520.000, Rheinland-Pfalz rund 190.000 junge Staatsbürgerinnen und -bürger).

Rund ein Sechstel der Wahlberechtigten ist jünger als 30 Jahre und befindet sich in einer Lebensphase, die überwiegend von Berufsausbildung, von der Suche nach dem eigenen „Platz“ in der Gesellschaft und von Familiengründung geprägt ist.

Über ein Fünftel der Wahlberechtigten kann angenommen werden, dass sie einen Platz im Arbeitsleben gefunden, eine Familie gegründet und jüngere Kinder zu versorgen, zu betreuen und zu erziehen haben. Gleichzeitig sind der Anspruch und wie der Druck, die Forderungen des Berufslebens und das Familienlebens in einem guten Leben zu vereinbaren, besonders hoch. Die Unterbrechung der gewohnten Alltagsabläufe durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie führt in dieser Altersgruppe zu besonderen sozialpsychologischen Belastungen.

Ein gutes Viertel der Wahlberechtigten befindet sich in der zweiten Phase des Berufslebens: die Kinder sind „aus dem Größten heraus“, treten selbst ins Arbeitsleben ein; ein Lebensstandard, den man mit in

die Rente nehmen will, ist erreicht; gleichzeitig verlangt der soziale und technologische Wandel in der Gesellschaft, nicht zuletzt in der Arbeitswelt immer neue Anpassungsleistungen, die zunehmend als Belastung erfahren werden.

Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten - über 37% in Rheinland-Pfalz und gut 35% in Baden-Württemberg - sind 60 Jahre und älter. Als Rentnerinnen und Pensionäre blicken sie teils auf gesicherte Einkommen und Wohnverhältnisse, teils auf niedrige Renten und enger gewordene Lebensverhältnisse, gesunkenen Lebensstandard; besorgt oft auch der Blick auf den Lebensweg der Kinder und Enkel. Jenseits des Erwerbslebens stehend, sind sie auf stabile Verhältnisse für den ständigen Zufluss ihrer Alterseinkommen angewiesen.

Unterstellt man diesen groben Holzschnitten verschiedener Lebensphasen eine gewisse Plausibilität, so lässt sich annehmen, dass ab der Altersgruppe der 45jährigen der Blick auf gesellschaftlichen Wandel und Veränderungen skeptischer wird, dass er weniger mit Hoffnungen auf neue Möglichkeiten und Lebenswege verbunden ist und stärker mit dem Bedürfnis, der Besorgnis, Erreichtes zu bewahren. Der Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse bekommt eine – nicht im parteipolitischen Sinn – konservative, konservierende Tönung. Eine solche Tendenz zu Stabilität und Sicherheit würde für mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zutreffen.

Je älter, desto höher die Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung variiert bei Männern und Frauen in den Altersgruppen. Bei den älteren Wahlberechtigten liegt sie seit ein paar Jahrzehnten deutlich höher als bei den 18 bis 34jährigen. Mit zunehmendem Alter wächst die Beteiligung an Wahlen, aus Wahlenthaltern werden in späteren Lebensphasen Wähler und Wählerinnen.

Bis zu den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 galt, nicht nur in Baden-Württemberg, dass die Wahlbeteiligung in den jüngeren Altersgruppen stärker sank als in den mittleren und höheren. Mit der Krise der europäischen und deutschen Flüchtlingspolitik und dem Aufschwung der AfD stieg nicht nur die Wahlbeteiligung insgesamt. Überdurchschnittlich stieg sie bei den unter 35jährigen Männer und Frauen. Der Abstand in der Wahlbeteiligung der 30-34jährigen zu den 60-70jährigen betrug bei der Landtagswahl 2011 bei den Männern 25,2 Prozentpunkte, bei der Wahl 2016 nur noch 15,2 Prozentpunkte. Bei der Bundestagswahl 2017 verringerte er sich von 14,0 (BTW 2013) auf 8,2 Prozentpunkte, bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 sank der Unterschied von 21,6 Prozentpunkten bei der Wahl 2014 auf 12,0 Prozentpunkte 2019. Bei den Frauen fand bei leicht geringeren Unterschieden zwischen den Altersgruppen, die gleiche Bewegung statt.

Der überdurchschnittliche Anstieg der Wahlbeteiligung in den jüngeren Altersgruppen, der sich 2016, 2017 und 2019 bei Wahlen auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen zeigte, spricht für eine anhaltende besondere „Re-Politisierung“ der Jüngeren. Sie änderte aber nur graduell etwas an dem Übergewicht der Älteren unter den Wahlberechtigten und unter den Wählerinnen und Wählern.

Wahlbeteiligung in Altersgruppen

Baden-Württemberg: Wahlbeteiligung (%) nach Altersgruppen und Geschlecht											
	Wahlbeteiligung im Alter von ... bis ... Jahren										insgesamt
	18-20	21-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-59	60-69	70 u. m.	
Männer											
LTW11	58,4	48,6	47,0	49,8	55,6	62,1	64,9	67,8	75,0	74,4	63,7
BTW13	67,9	64,0	65,7	67,8	71,0	73,6	75,9	78,1	81,8	81,2	75,1
EPW14	39,9	33,6	31,9	34,0	41,0	45,5	49,2	49,8	55,6	58,6	47,2
LTW16	56,0	52,9	55,5	60,0	62,6	65,4	69,1	71,6	75,2	73,3	67,3
BTW17	72,2	68,9	71,5	75,2	76,1	76,8	79,9	81,5	83,4	82,2	78,8
EPW19	54,6	52,2	49,5	50,0	52,2	54,9	58,5	60,6	62,0	64,2	57,9
Frauen											
LTW11	54,3	45,3	46,0	50,3	58,1	62,5	65,3	66,8	73,3	62,3	61,4
BTW13	67,7	63,6	66,0	69,6	70,9	74,7	76,8	77,6	80,7	71,6	73,5
EPW14	38,4	32,1	32,1	35,7	40,9	48,2	49,6	49,5	54,1	45,9	45,2
LTW16	55,8	51,0	54,0	59,1	61,6	65,8	69,2	71,4	72,4	62,0	64,6
BTW17	72,7	70,6	73,7	76,8	77,2	78,6	81,7	81,7	82,6	74,0	77,8
EPW19	56,2	53,5	50,3	51,0	54,1	57,6	61,8	61,4	61,3	54,0	56,9

Quelle: Statistisches Landesamt, Repräsentative Wahlstatistik.

Neben der demografischen besteht die soziale Schieflage, die sich für die Landtagswahlen allerdings schwerlich beziffern lässt. Für die Bundestagswahl zeigten Nachwahlbefragungen das rund zwei Fünftel der zu den Produktions- und Dienstleistungsarbeiterinnen und -arbeitern zählenden Wahlberechtigten nicht an der Wahl teilnahmen.⁶ Die schrumpfende Industriearbeitswelt geht mit einer hohen Wahlenthaltung zusammen.

Die Indikatoren „Schulbildung“ und „Berufsabschluss“

Ende der 1950er Jahre verfügten etwa zwei Fünftel der Erwerbstätigen in Westdeutschland über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Lediglich 3% verfügten über eine akademische Ausbildung. Wer zu dieser Zeit geboren wurde, fand sich Ende der 1980er Jahre in einer Berufswelt wieder, in der nur noch ein knappes Fünftel ohne abgeschlossene Berufsausbildung erwerbstätig war. Der Anteil der Erwerbstätigen mit einer akademischen Ausbildung hatte sich verdreifacht. Die fachberuflichen Abschlüsse im dualen Ausbildungssystem einschließlich vergleichbarer Fachschulabschlüsse erreichten 1989/1991 mit über 70% der Erwerbstätigen einen Höchststand. Sozialer Aufstieg kannte drei Wege: vom Status des mithelfenden Familienangehörigen (in der Landwirtschaft) in die un- und angelernte industrielle Lohnarbeit; mit dem Hauptschulabschluss zum Abschluss einer Lehre; aus proletarischen Lebensverhältnissen auf das Gymnasium.

Ende der 1980er Jahre verfügten drei Viertel der Erwerbspersonen im Alter über 50 Jahre über einen Hauptschulabschluss, aber weniger als ein Drittel über keinen Berufsabschluss. Weniger als 15% besaßen hatten einen mittleren Schulabschluss, aber über 60% der über 50jährigen hatten einen Fachberuf erlernt. Der Anteil der Abiturienten und akademischen Berufe lag bei rund 10%. In der Generation der Kinder, also der zu diesem Zeitpunkt 25-35jährigen Erwerbspersonen in Westdeutschland war der Anteil der Hauptschulabschlüsse auf unter 50% gesunken, ein gutes Viertel hatte einen Realschulabschluss und bereits ein knappes Viertel die Hochschulreife, zu einem nicht geringen Teil auf dem „Zweiten Bildungsweg“ erlangt. In dieser Altersgruppe hatte nur noch ein Sechstel keine formal abgeschlossene Berufsausbildung, um die 70% eine fachberufliche und noch weniger als 15% eine akademische Berufsausbildung.

Blicken wir eine Generation weiter, also auf die erwerbstätigen Enkel der ersten Generation und die erwerbstätigen Kinder der zweiten Generation, auf die 25-35jährigen Erwerbstätigen im Jahr 2019, so hat

⁶ Näheres, auch zur klassenmäßigen Definition von Produktions- und Dienstleistungsarbeitern, findet sich bei Floris Biskamp: Die Arbeiter_innen, der Autoritarismus und die AfD, Februar 2020; <http://blog.florisbiskamp.com/2020/02/02/die-arbeiter-innen-der-autoritarismus-und-die-afd/>

nur noch ein Sechstel einen einfachen Schulabschluss, der Anteil der ungelerten Berufe liegt knapp darunter. Etwas weniger 30% besitzen den mittleren Abschluss, aber bereits über 50% (54,5% bei den 25-30jährigen Erwerbstätigen) hat die (Fach-)Hochschulreife erworben. Etwa 30% übt einen akademischen Beruf aus, 55% eine fachberufliche Erwerbstätigkeit.

Übersetzt man diese Querschnittszahlen grob in eine Längsschnittperspektive, also in die Möglichkeiten eines Lebenslaufes, so zeigen sich gravierende Veränderungen, ja Richtungswechsel der sozialen Mobilität. Mit einem Hauptschulabschluss gelangt man nun kaum noch zu einer fachberuflichen Ausbildung. Mit einem mittleren Schulabschluss steht man in harter Konkurrenz mit Abiturienten und Abiturientinnen um einen fachberuflichen Ausbildungsplatz. Zählt bis weit in die 1970er Jahre ein Hauptschulabschluss, also der klassische Schulabschluss der industriellen Arbeiterklasse, zu sozialen Norm, die sozialen Aufstieg einschloss, ist er seit den 1990er Jahren zum Eintrittstor in eine proletarische Lebenslage geworden, aus der aufzusteigen kaum Anlass zur Hoffnung besteht. Ein hoher Schulabschluss wird mit der Generation der heute unter 40jährigen zur sozialen Norm und zu einem Zertifikat, ohne das sozialer Aufstieg (und sozialer Status-Erhalt) kaum noch möglich sind.

Die Süddeutsche Zeitung zitierte am 5. März 2021 den Entwurf des aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales: *„Dass aus der ‚Armut‘ heraus nur in geringem Umfang Aufstiege in die ‚Untere Mitte‘ oder gar in Lagen darüber hinaus gelangen, zeigt die hohe Brisanz dieser verfestigten Lage.“ Die Aufstiegschancen aus „Armut“, „Prekarität“ und der „Unteren Mitte“ seien „seit Beginn der 1990er- bis Anfang der 2000er-Jahre deutlich zurückgegangen, um seitdem auf niedrigem Niveau zu verbleiben.“ Die Regierung spricht von einer Stärkung der Ränder der Verteilung. Demnach verliert die „Mitte“ an Größe, weil aus dieser Gruppe konstant immer wieder Menschen den Sprung nach oben schaffen, während aus den unteren Lagen weniger Personen nachkommen.* Niedrige Einkommen in Kombination mit fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten, also berechtigten Hoffnungen, aus der sozialen Lebenslage sich herausarbeiten zu können – das sind die typischen Merkmale für die Wiederkehr der proletarischen Lebenslagen.

Dieser Wandel, plakativ als Umbau von der Industrie- zur Wissensgesellschaft zu benennen, machte nicht nur das Bildungssystem zu einem klassenpolitischen Kampffeld neuer Art. Mit der wachsenden Bildung veränderten (und pluralisierten) sich auch die Ansprüche an die eigene Lebensführung, wachsende Kompetenz geht mit Autonomieansprüchen einher. Proletarische, facharbeiterliche Lebensführungsmuster verloren ihre normative Kraft und gerieten von einer dominierenden Mehrheitsposition zu einer Position unter anderen.

Diese Entwicklung mit all ihren hier nicht zu entfaltenden Weiterungen ist nicht zu Ende, ihre Dynamik besteht – noch verstärkt - fort und erhöht den sozialen Druck auf die traditionellen Arbeitnehmer-milieus und ihre Vorstellungen vom gelungenen Leben. Die nachfolgenden Tabellen geben die entsprechenden Daten für die beiden Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für die Entwicklung seit Anfang der 2000er Jahre wieder. Sie zeigen auch, dass die „Bildungsexpansion“ vor allem auch eine aufholende und überholende weibliche Charakteristik besitzt. Die Zahlen veranschaulichen, dass nicht nur die traditionelle Lebenswelt der industriellen Arbeitnehmer unter dem Druck von wachsender Kompetenz und „Wissensgesellschaft“ steht; zudem steht auch die traditionelle Männerrolle unter enormen Rechtfertigungsdruck. Es folgt dem Gesellschaftsbild einer Wettbewerbsgesellschaft, hier von „Gewinnern“ und „Verlierern“ der „Modernisierung“ (oder „Globalisierung“) zu sprechen. Tatsächlich liegt es nahe, dass sich zum Beispiel Männer nicht einfach mit einer veränderten gesellschaftlichen Norm des Frauenbildes abfinden, sondern aus ihrer Ablehnung auch eine aktive Gegnerschaft machen können.

Bevölkerung ab 15 Jahre nach höchstem Schulabschluss 2005 und 2019

Bevölkerung ab 15 Jahre - Allgemeine Schulbildung - Höchster Abschluss								
	Noch in schulischer Ausbildung	Haupt- /Volksschulabschluss	Abschluss polytechn. Oberschule	Realschulabschluss oder gleichwertig	Fachhochschul- oder Hochschulreife	Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	Ohne allgemeinen Schulabschluss	Insgesamt
Baden-Württemberg								
<i>männlich</i>								
2005	5,0%	46,2%	0,7%	19,0%	25,5%	0,3%	3,3%	100%
2019	3,6%	32,3%	0,8%	21,9%	36,9%	0,2%	4,1%	100%
<i>weiblich</i>								
2005	4,7%	45,0%	0,7%	25,8%	19,0%	0,6%	4,1%	100%
2019	3,6%	30,1%	0,9%	28,5%	32,2%	0,1%	4,3%	100%
<i>insgesamt</i>								
2005	4,8%	45,6%	0,7%	22,5%	22,2%	0,5%	3,7%	100%
2019	3,6%	31,2%	0,8%	25,2%	34,5%	0,2%	4,2%	100%
Rheinland-Pfalz								
<i>männlich</i>								
2005	4,7%	50,4%	0,5%	16,9%	23,6%	0,8%	3,0%	100%
2019	3,6%	36,5%	0,6%	21,8%	33,2%	/	4,0%	100%
<i>weiblich</i>								
2005	4,3%	50,8%	0,6%	23,2%	17,0%	0,9%	3,1%	100%
2019	3,7%	34,5%	0,7%	27,1%	29,9%	/	3,8%	100%
<i>insgesamt</i>								
2005	4,5%	50,6%	0,6%	20,1%	20,2%	0,9%	3,1%	100%
2019	3,7%	35,5%	0,7%	24,5%	31,6%	0,0%	3,9%	100%

Destatis 2021 | Stand: 12.02.2021 / Eigene Berechnungen.

Die Höherqualifikation der Arbeit und der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft gingen mit einem beschleunigten Rückgang der Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen einher. 1970 zählte in Baden-Württemberg noch die Hälfte der Erwerbstätigen zum sozialen/sozialrechtlichen Status „Arbeiter/Arbeiterin“, knapp zwanzig Jahre später noch 42%. In den 1990er Jahren sank der Anteil auf 35% im Jahr 2000 und bis 2019 auf 21% aller Erwerbstätigen. In Rheinland-Pfalz verlief die zeitliche Entwicklung parallel: der Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen sank von 44% in 1970 auf 20% in 2019. Die - dreckige - Handarbeit mit Lohn schrumpfte, die Arbeit mit Gehalt wuchs.

Generationenvergleich: „Kompetenzrevolution“

Baden-Württemberg 2019: Bildungsabschlüsse					Baden-Württemberg 2019: Berufliche Abschlüsse				
	ohne Abschluss	Hauptschulabschluss	Realschulabschluss	Hochschul-/Fachhochschulreife		ohne Berufsabschluss	Lehr- ausbildung	Fachschul- /Meister- /Techniker- ausbildung	Hochschul- /Fachhochschulabschluss
Männer im Alter von ... bis unter ... Jahre					Männer im Alter von ... bis unter ... Jahre				
20 - 30	3,4%	17,0%	26,2%	53,4%	30 - 40	15,0%	42,8%	10,5%	31,7%
60 - 70	4,2%	43,6%	19,8%	32,4%	60 - 70	13,0%	49,7%	13,7%	23,5%
Frauen im Alter von ... bis unter ... Jahre					Frauen im Alter von ... bis unter ... Jahre				
20 - 30	2,3%	11,5%	26,0%	60,2%	30 - 40	15,4%	39,7%	12,1%	32,7%
60 - 70	4,8%	44,9%	28,1%	22,2%	60 - 70	23,7%	51,6%	10,2%	14,5%

Steigende Frauenerwerbsarbeit, ihr Eindringen in berufliche Männerdomänen, schleichende Deindustrialisierungen und die Bildungsexpansion sind zugleich Indikatoren für „Relevanzverlust und Schrumpfung dezidiert männlich inszenierter industrieller Arbeitskultur“ (Lutz Raphael).

Arbeitswelt: Neue Unterschichtung und fortschreitende Kompetenzgewinne

Nach der Finanzkrise weitete sich in Deutschland die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung deutlich aus. Von 2009 bis 2019 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen in Baden-Württemberg um 24,1% (von 3,73 Mio. auf 4,63 Mio.), in Rheinland-Pfalz um 17,5% (von 1,34 Mio. auf 1,58 Mio.).⁷ Hierbei machte sich die vorstehend beschriebene Tendenz zur Höherqualifikation besonders bemerkbar.

Die Beschäftigungsverhältnisse von Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss stiegen nur leicht, auch diejenigen von Erwerbstätigen mit einem anerkannten Berufsabschluss wuchsen nur unterdurchschnittlich. Die Dynamik wurde geprägt vom Anstieg der Erwerbstätigen mit akademischem Abschluss: in beiden Ländern nahmen sie um 60% weit überdurchschnittlich zu, ihr Anteil an allen Beschäftigungsverhältnissen stieg von 14,1% auf 18,2% in Baden-Württemberg. In Rheinland-Pfalz liegt ihr Anteil deutlich niedriger. Er stieg von 10,6% auf 13%. Zu beachten ist: Hierbei handelt es sich um sozialversicherungspflichtige, abhängige Beschäftigungsverhältnisse. Ein großer Teil der akademischen Erwerbstätigen arbeitet als Selbstständige und Freiberuflerinnen. Daraus erklären sich die Unterschiede zu den vorstehenden Zahlen zum Wandel in der Erwerbstätigkeit.

Veränderung der beruflichen Struktur der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 2009-2019, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Baden-Württemberg: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach Art des beruflichen Abschlusses nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit									
	insgesamt			deutsche Staatsangehörigkeit			ausländische Staatsangehörigkeit		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Veränderung vom 30.6.2009 bis 30.6.2019									
ohne Berufsabschluss	6,1%	14,3%	-2,7%	-8,0%	-2,4%	-13,6%	56,3%	63,8%	45,1%
mit anerkanntem Berufsabschluss	12,9%	10,4%	15,8%	8,3%	5,0%	11,9%	73,5%	68,0%	83,8%
mit akademischem Abschluss	60,1%	41,8%	95,0%	49,9%	33,2%	82,4%	213,7%	185,3%	255,9%
Insgesamt	24,1%	22,9%	25,5%	14,9%	11,9%	18,4%	106,7%	109,4%	102,3%
Verteilung nach Art des Berufsabschlusses									
<i>ohne Berufsabschluss</i>									
30.06.09	16,4%	15,4%	17,6%	14,2%	13,0%	15,7%	36,0%	34,7%	38,1%
30.06.19	14,0%	14,4%	13,6%	11,4%	11,3%	11,4%	27,2%	27,1%	27,3%
<i>mit anerkanntem Berufsabschluss</i>									
30.06.09	66,3%	64,8%	68,1%	68,4%	66,8%	70,4%	47,0%	49,3%	43,2%
30.09.19	60,3%	58,2%	62,8%	64,5%	62,7%	66,6%	39,5%	39,6%	39,3%
<i>mit akademischem Abschluss</i>									
30.06.09	14,1%	16,8%	10,8%	14,7%	17,8%	10,9%	8,7%	8,5%	9,2%
30.09.19	18,2%	19,4%	16,7%	19,2%	21,2%	16,8%	13,2%	11,5%	16,1%

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2021; eigene Berechnungen

Rheinland-Pfalz: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach Art des beruflichen Abschlusses nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit									
	insgesamt			deutsche Staatsangehörigkeit			ausländische Staatsangehörigkeit		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Veränderung vom 30.6.2009 bis 30.6.2019									
ohne Berufsabschluss	1,2%	6,1%	-4,8%	-10,5%	-8,8%	-12,5%	85,6%	98,0%	64,8%
mit anerkanntem Berufsabschluss	8,8%	4,9%	13,5%	6,2%	1,9%	11,2%	80,7%	73,2%	94,8%
mit akademischem Abschluss	45,0%	28,5%	72,5%	37,1%	21,6%	63,2%	223,4%	199,0%	256,6%
Insgesamt	17,5%	15,1%	20,4%	10,5%	6,5%	15,4%	134,8%	141,1%	124,0%
Verteilung nach Art des Berufsabschlusses									
<i>ohne Berufsabschluss</i>									
30.06.09	15,7%	15,4%	15,9%	14,6%	14,2%	15,0%	33,9%	33,7%	34,3%
30.06.19	13,5%	14,2%	12,6%	11,8%	12,2%	11,4%	26,8%	27,7%	25,2%
<i>mit anerkanntem Berufsabschluss</i>									
30.06.09	69,5%	68,5%	70,8%	71,1%	70,1%	72,2%	43,9%	45,4%	41,2%
30.09.19	64,4%	62,5%	66,7%	68,3%	67,1%	69,6%	33,8%	32,6%	35,8%
<i>mit akademischem Abschluss</i>									
30.06.09	10,6%	11,9%	8,8%	10,7%	12,3%	8,8%	8,0%	7,3%	9,2%
30.09.19	13,0%	13,3%	12,7%	13,3%	14,0%	12,5%	11,0%	9,0%	14,6%

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2021; eigene Berechnungen

⁷ Für dieses Kapitel: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach dem Wohnortprinzip, ohne ausschließlich geringfügig Beschäftigte.

Baden-Württemberg: Anforderungsniveau der Tätigkeit

Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit, Juni 2020				
	Beschäftigte			
	Sozialversicherungs- pflichtig		ausschließlich geringfügig entlohnte	
Helfer	721.209	15,3%	285.691	45,5%
Fachkraft	2.656.495	56,4%	278.992	44,5%
Spezialist	672.553	14,3%	30.832	4,9%
Experte	656.595	13,9%	32.056	5,1%

Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Das Anforderungsniveau der ausgeübten Beschäftigung verschob sich ebenfalls zugunsten der (halb-)akademischen Tätigkeiten von „Spezialisten“ und „Experten“. Auch stieg die Zahl der un- und angelernten Tätigkeiten der Helfer stark an, jedoch verdankt sich dieser Anstieg zu einem größeren Teil der Umwandlung von geringfügiger Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige Voll- oder Teilzeitbeschäftigung.

Zweitens ist ein beachtlicher Wandel im unteren Arbeitsmarkt-Segment bemerkenswert. Während die Zahl der Erwerbstätigen mit deutscher Staatsangehörigkeit in un- und angelernten Berufen abnahm, rückten ausländische Staatsangehörige, insbesondere Männer in diese Arbeitsmärkte verstärkt ein. Ihr Anteil stieg von 25,2% in 2009 auf 36,2% in 2019 (Rheinland-Pfalz: von 14,0% auf 26,1%). Die un- und angelernten Berufe wurden 2019 in Baden-Württemberg zu 32,4% und in Rheinland-Pfalz zu 22,3% von nichtdeutschen – und damit nicht wahlberechtigten – Erwerbstätigen ausgeübt.

Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Ausländer und Ausländerinnen Ende Juni 2020 in ausgewählten Berufen

Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer nach - ausgewählten - ausgeübten Tätigkeiten Ende Juni 2020 (ohne geringfügig Beschäftigte) (nach Klassifikation der Berufe 2010)		
Ausgeübte Tätigkeit	Ausländerquote	
	Ba-Wü	RLP
Insgesamt	16,9%	12,2%
darunter mit überdurchschnittlichem Anteil (in Baden-Württemberg)		
111 Landwirtschaft	48,3%	61,5%
121 Gartenbau	25,1%	19,4%
21 Rohstoffgewinn,Glas-,Keramikverarbeitung	28,0%	21,0%
221 Kunststoff,Kautschukherstell.,verarbeit	35,3%	22,5%
222 Farb- und Lacktechnik	30,5%	16,8%
223 Holzbe- und -verarbeitung	18,2%	10,9%
231 Papier- und Verpackungstechnik	24,8%	13,0%
234 Drucktechnik,-weiterverarb.,Buchbinderei	21,2%	10,1%
24 Metallherzeugung,-bearbeitung, Metallbau	23,6%	17,0%
251 Maschinenbau- und Betriebstechnik	19,0%	11,2%
28 Textil- und Lederberufe	28,7%	19,7%
292 Lebensmittel- u. Genussmittelherstellung	36,0%	21,1%
293 Speisenzubereitung	42,0%	33,6%
321 Hochbau	51,7%	34,8%
322 Tiefbau	31,6%	17,3%
33 (Innen-)Ausbauberufe	31,3%	21,5%
342 Klempnerei,Sanitär,Heizung,Klimatechnik	18,9%	11,5%
343 Ver- und Entsorgung	20,2%	11,1%
513 Lagerwirt.,Post,Zustellung,Güterumschlag	32,8%	25,2%
521 Fahrzeugführung im Straßenverkehr	33,5%	22,7%
525 Bau- und Transportgeräteführung	29,5%	15,4%
531 Obj.-,Pers.-,Brandschutz,Arbeitssicherh.	18,8%	10,6%
541 Reinigung	50,2%	31,2%
623 Verkauf von Lebensmitteln	17,4%	10,3%
632 Hotellerie	30,7%	25,3%
633 Gastronomie	39,1%	32,7%
821 Altenpflege	26,1%	13,5%
823 Körperpflege	27,9%	17,5%
832 Hauswirtschaft und Verbraucherberatung	24,4%	15,2%
843 Lehr-,Forschungstätigkeit an Hochschulen	21,5%	14,9%

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigte nach Berufen; eigene Berechnung. Nur Berufe/Berufsgruppen mit mehr als 20.000 Beschäftigten in Baden-Württemberg.

Der Anteil ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Zuwachs der Beschäftigung von 2009 bis 2019 betrug in Baden-Württemberg 44,4%, in Rheinland-Pfalz 41,3%. Während sie im unteren Arbeitsmarktsegment einen Rückgang der deutschen Arbeitnehmer mehr als ausgeglichen, stellten sie im mittleren Segment der Fachberufe 44,1% (Baden-Württemberg) bzw. 32,4% (Rheinland-Pfalz) und im akademischen Arbeitsmarkt-Segment 22,3% bzw. 22,1% des Zuwachses. Obwohl es sich mit diesen Daten nicht abschließend klären lässt, ob im unteren Arbeitsmarkt-Segment die veränderte Zusammensetzung mit schlechteren Arbeitsmarktchancen deutscher Staatsangehöriger oder mit ihrem Aufstieg in andere Positionen einherging, wird doch deutlich, dass eine Konkurrenzsituation zwischen deutschen und nichtdeutschen Arbeitskräften eher im mittleren und oberen Arbeitsmarktsegment erwartet werden kann – bei insgesamt wachsender Beschäftigung.

Drittens die geschlechtliche Arbeitsteilung (für deutsche Staatsangehörige) hat sich in beiden Ländern vor allem bei den akademischen Berufen verändert. Insgesamt stieg der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in beiden Ländern von gut 45% auf knapp über 47%. Während der Frauenanteil im unteren Arbeitsmarktsegment sank – besonders in Baden-Württemberg von 50,3% auf 47,3% - stieg er im mittleren Segment leicht und im oberen Segment stark an:

in Baden-Württemberg von 34,0% auf 41,4%, in Rheinland-Pfalz von 37,2% auf 44,3%. Auch hier wandelt

sich der Arbeitsmarkt nicht nach dem überkommenen wohlfahrtstaatlichen männlichen Familienernährer-Modell.

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen stieg von 41% Ende der 1980er Jahre auf knapp über 45% ab dem Jahr 2013. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der Teilzeitbeschäftigung von 10% auf über 26% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zu. Der Frauenanteil in der Teilzeitarbeit sank von 93% Ende der 1980er Jahre auf 81,6% in 2020. Von allen beschäftigten Frauen arbeiteten Ende der 1980er Jahre 23% in Teilzeit, im Jahr 2020 dann 47,5%. Seit dem Krisenjahr 2009 wuchs die Vollzeitbeschäftigung um 12,2%, die Teilzeitbeschäftigung indes um 69,5%. Teilweise dürfte es sich hierbei um die Umwandlung von geringfügiger Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gehandelt haben.

Sozialrechtliche Struktur der Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg im Juni 2020

Baden-Württemberg: Struktur der formellen Erwerbstätigkeit, Juni 2020					
		absolut	relative Verteilungen		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Gesamt	4.726.571	100%	87,8%	76,2%
	Männer	2.588.731	54,8%	48,1%	41,7%
	Frauen	2.137.840	45,2%	39,7%	34,5%
	Ausländer	800.084	16,9%	14,9%	12,9%
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	Gesamt	616.735	100%	11,5%	9,9%
	Männer	233.010	37,8%	4,3%	3,8%
	Frauen	383.725	62,2%	7,1%	6,2%
	Ausländer	98.077	15,9%	1,8%	1,6%
ausschließlich kurzzeitig Beschäftigte	Gesamt	39.245	100%	0,7%	0,6%
	Männer	19.796	50,4%	0,4%	0,3%
	Frauen	19.449	49,6%	0,4%	0,3%
	Ausländer	12.632	32,2%	0,2%	0,2%
abhängig Beschäftigte insgesamt	Gesamt	5.382.551	100%	100%	86,8%
	Männer	2.841.537	52,8%	52,8%	45,8%
	Frauen	2.541.014	47,2%	47,2%	41,0%
	Ausländer	910.793	16,9%	16,9%	14,7%
Beamte		276.000			4,5%
mithelfende Familienangeh.		22.000			0,4%
Selbstständige		520.000			8,4%
Erwerbstätige		6.201.000			100%

Bundesagentur für Arbeit/Statistisches Landesamt; eigene Berechnungen.

In den zehn Jahren nach der Krise 2008/2009 wuchsen (in Baden-Württemberg) einige Berufe stark überdurchschnittlich. Hierzu zählten Berufe in der Landwirtschaft und im Gartenbau, die Bauberufe, Berufe der Informatik und Kommunikationstechnologie, Verkehrs- und Logistikberufe, Sicherheitsberufe, Reinigungsberufe, Berufe in Hotellerie und Gastronomie, Gesundheitsberufe, Altenpflege, Erziehung, Kinderbetreuung und Werbung und sozialwissenschaftliche Berufe. Metall-, Elektro- und Maschinenbauberufe wuchsen durchschnittlich. Absolute Rückgänge gab es in Berufen der Papier- und Druckindustrie, bei den Textil- und Lederberufen sowie bei den Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. In diesem Wirtschaftszweig fand bundesweit eine neue Automatisierungswelle statt.

Es liegt nahe anzunehmen, dass von den allmählichen Veränderungen in der Welt der Berufe erhebliche Wirkungen auf das Gesellschaftsbild, die Vorstellung vom eigenen Platz in der Gesellschaft, in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und auf das politische Suchverhalten ausgehen, wenn einen „die eigene Partei“ nicht mehr weiterhelfen kann (oder will). Der Beruf (und die ausgeübte Tätigkeit und das Anforderungsniveau) entscheidet über die eigenen Arbeitsmarktchancen: Hat der eigene Beruf eine Zukunft, sieht die Welt anders, offener aus als wenn er den Zenit seiner sozialen Laufbahn überschritten hat. Basiert die ausgeübte Tätigkeit vor allem auf betrieblich erworbenen Berufszertifikaten, ist die Bindung an diesen einen Betrieb deutlich stärker, weil ein Wechsel mit hohen Risiken verbunden wäre. Der Wandel der Berufswelt spielt auch außerhalb des eigenen Arbeitslebens eine Rolle, für den sozialen Status und für die soziale Anerkennung, für das, was man seinen Kindern an Bildungs„investitionen“ zu teil werden lassen müsste, damit sie gut durch ihr Arbeitsleben kommen könnten, welchen Rat bei der Berufswahl man ihnen geben kann, ob man Vorbild sein kann oder nicht.